

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Aboimmenspreis 50 Pf. pro Monat,
1,80 M. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,80 Mark; pro Quartal 4,80 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die siebenpfennige Kolonie,
jele zesp. deren Raum 1,- Mark.

Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei
25maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adress: Bergarbeiter-Verband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgefordert.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Ossen.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Tag, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

In die Bergarbeiter Deutschlands!

Kameraden, Bergarbeiter! Die grubenherrlichen Verschwörer und Ministerstürzer sind gemäß ihrer Aussprache im Palast-Hotel in Berlin am 6. Januar recht eifrig an der Arbeit, um aus der neuen Berggesetznovelle ein Trutzgesetz gegen die Bergarbeiter zu schaffen. Ein Gesetz soll geschaffen werden, welches den Bergarbeitern nur Pflichten und Verantwortung auferlegt, aber sozusagen keine Rechte gibt. Die Sicherheitsmänner sollen dazu dienen, daß die Werksherren nach Massenunglüchen nicht in des „Teufels Kölle“ geraten. Das heißt, die Grubenbesitzer beabsichtigen, die Verantwortung für kommende Massenunglüche den Sicherheitsmännern aufzuladen. Die erste Lesung der Berggesetznovelle in der Kommission des preußischen Landtages zeigt schon, mit welcher Rücksichtslosigkeit auf dieses Ziel zugesteuert wird. Und die Verschwörer und Ministerstürzer finden im Herrenhaus und im Dreiklassenparlament willfährige Mitarbeiter. Die Wünsche der Mehrheit der Bergarbeiter werden wie Luft behandelt. Die Herrenmenschen im Bergbau appellieren an die Vajonette und Flintenkugeln, falls es den Bergarbeitern einfallen sollte, den von ihnen verlangten Lebensschutz erkämpfen zu wollen. Das haben wir aufgedeckt durch unsere Enthüllungen in der letzten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“. Kameraden, Bergarbeiter! Schwere Zeiten stehen uns bevor! Es gilt euer Leben, eure Leiber, eure Familien zu schützen! Unsere Menschenrechte werden mit Fäßen getrampelt. Und das ist, was wir uns nicht gefallen lassen dürfen! Kameraden, Bergarbeiter! Jetzt schlägt die Neihen, stärkt den Bergarbeiterverband. Jedes Verbandsmitglied muß jetzt ein Agitator werden. Nur wenn wir geschlossen, wenn die uns noch fernstehenden herangeholte sind als Streiter für die Bergarbeiterrechte, können wir mit Ruhe den kommenden Dingen entgegensehen. Drauf und dran an die Arbeit! Kameraden, agiert für den Verband, damit die Bergarbeiterfeinde und Herrenmenschen nicht über hundertausende Bergarbeiter triumphieren! Schützt, Kameraden, euer Leben, eure Familien!

Die Ministerstürzer an der Arbeit.

Herrenmenschen.

Mahel: „... Niemand hat das Recht, die Zukunft durch Zwang aufzubauen. Nicht durch Zwang, Holger!“

Holger: „Das wird durch Kampf entschieden werden! Mahel: „... Die Zukunft ist die Sache von Millionen. Von Millionen!“

Holger: „Das wird durch den Kampf entschieden werden!“

So lesen wir in dem gewaltigen Schauspiel Björnsterne Björnsöns, über unsere Kraft. Und wenden wir Blatt um Blatt da weiter: dann finden wir in Holger jenen Typ, wie er sich breit macht in den Verhandlungen der Ministerstürzer am 6. Januar im Palast-Hotel zu Berlin und wie er überwuchert in Kreisen, die durch den Fleisch und die Arbeit anderer schnell zu gewaltigen Industriekünigen wurden. Sie haben nur eine kurze Geschichte hinter sich, an Stolz und Rücksichtslosigkeit aber haben sie in wenigen Jahrzehnten mehr gelernt, als der reiche Adel in Jahrhunderten. Und sie stützen sich auch schon — wie wir es bei Holger finden — auf ein altes „erprobtes Ordnungsgesetz“, auf die „Tradition der Herrenmacht“. Die Mehrzahl — sind Arbeiter! Sind, wie Holger sagt, Insekten! Will diese Mehrzahl mitreden, dann sagen sie, die Herrenmenschen, ruhig und bestimmt: Die Kanonen aufgeschossen!

Das ist das Blut und das ist der Wille der reichen Emporkommenden. Das ist auch, was sich aus jeder Zeile uns aufdrängt beim Lesen der Reden der Kleine, Uthemann, Williger, Hilger usw. vom 6. Januar im Palast-Hotel zu Berlin.

Keine Nachgiebigkeit den Bergarbeitern zeigen. Eine Schicht der Bevölkerung, die einer anderen mit übergroßer Schonung und Sanktionalität begegnet, macht sich verdächtig und erwacht die Vermutung, daß auch in ihr ein Prozeß der Verweichung oder Zersetzung begonnen hat. Mitleid ist das geheime Bewußtsein der eigenen Schwäche und Unvollkommenheit. Wer ganz aus dem Häuschen gerät, wenn er einen Menschen schwer arbeiten sieht, mit dessen eigenem Fleisch wird es schwerlich weit her sein. Wer über jeden Notstand und Unglücksfall in ein Jammergekreis ausschlägt, in dessen sittliche Widerstandskraft darf man füglich einen begründeten Zweifel haben.“

Das ist, was Felsig Kuh in der letzten „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ den „Wohlfahrtsfrigen“ zu sagen hat.

Da sind unsere Grubenherren doch andere Menschen. Sie erkennen sich nicht bei einem Gefühl der Schwäche an. Dafür haben sie Geld. Schonung und Mitleid sind nicht ihre Ideale. Dafür fühlen sie sich allzusehr als Herrenmenschen, als Herremenschen. Und sie geben vor, ohne Furcht zu sein, weil sie Macht besitzen.

Wenn im Bergbau sich Hunderte lächlich strecken, zerfetzt und verblutet, dann ist Mitleid für die Toten, Verwundeten und deren Angehörige nicht am Platze, ebenso wenig Schonung für die Überlebenden. Das sind nicht nur Bekenntnisse einer treuen Seele (wie Felsig Kuh) über die Psychologie des Altruismus. Nein, das sitzt im Fleisch und Blut fest bei den Kraftnaturen, die die Welt und ihr Getriebe vom Geschäftswinkel des Dollars betrachten. Der Reichum repräsentiert, er ist ausschlaggebend. Reichum ist der Viebstall, auf dem das Glück und die Ruhe thronen soll. Und die Macht und die Menschenverachtung!

Was im Bergbau als Opfer fällt, was da verkrüppelt und dann zum Hungern verdammt wird, wird überwogen von der herrlichen Ausbeute die dem Fortschritt zu Gute kommt. Menschenleben schlagen heißt den Fortschritt hemmen, die Industrie schädigen. Das ist die Unschauung, die wir im Protokoll der Grubenherrensitzung Wort für Wort in jeder Zeile zum Ausdruck gebracht finden.

„Wir sind Herr im Hause und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Drücken sie dem Minister da den Herrenstandpunkt ins Auge! So sang Uthemann, so sangen die andern!“

Und wenn die Bergarbeiter solchen Unschauungen trocken, wenn sie nicht massenhaft zum Opfer fallen wollen, wenn sie nach Lebensschutz schreien, nach mehr gesetzlicher Regelung ihrer Berufsstoffen, dann entwidet sich die Gefahr, die nach Ansicht eines Grubenherren später nur mit vielleicht Blutvergießen wieder beseitigt werden kann! Hört ihr es Bergarbeiter!

Man sage nicht, eine solche Sprache besteht man nur zu führen in geheimen Konventen. Nein, der Herrenstandpunkt und seine Verteidigung wird schon seine Verbündeten finden. So lesen wir schon in der „Sozial- und volkswirtschaftlichen Korrespondenz“, die die Scharfmacherpresse vom Schlag der „Post“ nährt, in einer Notiz über unsern Artikel in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ folgendes:

„Herrenstandpunkt! Ein Wort, das im ersten Augenblick empfindsame Seelen verbüßt. Aber auch wir erklären rund heraus: Kampf bis aufs Messer dem konstitutionellen Fabrikbetrieb! Wir wollen keine Zustände wie in England, wo der Unternehmer erst die Gewerkschaft fragen muß, ob sie gestaltet, eine neue Maschine aufzustellen!“

Wenn nun die dem Landtag vorliegende Gesetznovelle als Hinterlassenschaft vom verstorbenen Hinzpeter bezeichnet wurde, die so langsam von „Oben“ heruntergelommen ist, so möchten wir betonen, daß diese Annahme richtig ist! Vor wenigen Tagen waren wir in der Lage, auf Grund von einwandfreien Informationen darauf hinzuweisen, daß der Kaiser dem Minister Delbrück den strikten Befehl gegeben hat, für Arbeiterkontrolleure zu sorgen. Wäre dieses bereits am 6. Januar bekannt gewesen, wir sind überzeugt, die Bergbauvereine hätten gegen diesen „bejohelten“ Entwurf noch ganz anders Stellung genommen!

So die genannte Korrespondenz, die nachträglich dann noch erklärt, daß im Palast-Hotel nur das gesagt worden ist, was jeder Kenner der industriellen Verhältnisse mit gutem Gewissen unterschreiben kann. Wir danken für diese Offenheit und glauben auch dem Verfasser der angeführten Fälle aufs Wort, daß die Herren vom Bergbau mit dem König von Preußen nicht anders verfahren werden wie mit seinen Ministern. Schon bei der bloßen Vermutung, daß die Novelle von oben her in die Wege geleitet worden sei, hat die Grubenherren in die Fronte gegen den König gestellt. Nicht aus Furcht! Grubenbesitzer und ihre Mitziehet fürchten auch einen König nicht, was die Heiterkeitsausbrüche beweisen, wenn in den Verhandlungen am 6. Januar der Name des Königs von Preußen genannt wurde! Die Könige von Goldschmieden ersterben nicht in Demut vor den Königen von Gottesgnaden. Darin hat die Korrespondenz Recht, daß die Werkbesitzer noch schärfer ausgeholt hätten. Das interessiert uns weniger als die Verherrlichung der Theorie, daß dem konstitutionellen Fabriksystem der Kampf bis aufs Messer gebühre. Und daß jedes Mittel, auch das der Gewalt den Herrenmenschen recht ist, um es nicht bis zu diesem konstitutionellen Fabriksystem kommen zu lassen. Der Arbeiter muß Sklave bleiben, ihm soll das Recht auf immer genommen sein, selbst in den Fragen, die auf den Lebensschutz der Arbeiter Bezug nehmen, mitzureden. Und wenn es zum Blutvergießen kommt! Es ist recht so, daß das Grubenkapital sich so entschließt. Wir lernen die Herrschaften immer besser in ihrer wahren Gestalt erkennen. Die Herren vergessen nur, daß die Arbeiter ihr Blut für wertvoller halten, als es von den Grubenbesitzern eingeschätzt wird!

Wir halten es mit Mahel: „Die Zukunft ist die Sache von Millionen!“ Und fügen dem hinzu, daß die Zukunft auch Sache des Rechts ist, das auf unserer Seite steht. Das wird durch den Kampf entschieden werden, den wir Bergklaren schon längst begonnen haben und der geführt wird, wie wir ihn haben wollen. Nicht anders!

Hilgers Mahnung.

Gegen Ende der Besprechung der Bergbauvereine am 6. Januar nahm der einstige Saargewaltige Geheimrat Hilger nochmals das Wort. Er hielt dann folgende Rede:

„Meine Herren, wir wollen die Herren bitten, morgen doch auch einmal die politische Seite der Sache anzuschneiden und zu betonen. Die Regierung versucht unzweckmäßig das der ganzen Vorlage politisch wichtige und hohe Ziel. Ich meine, man sollte der Regierung in der Person des Handelsministers sagen, daß es auch ein hohes politisches Ziel ist, sich eine zufriedene Industrie zu erhalten, zufriedene Arbeitgeber, und da an das Wort Bischoffs erinnern, man soll sich vor einem Streik der Arbeitgeber hüten.“

Und nun möchte ich zum Schluß antworten, ob wir nicht in den Bergbauvereinen uns jetzt organisieren und nicht immer nur bei akuten Fällen zusammentreten sollen. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn wir eine Organisation der Bergbauvereine in Preußen schaffen, in der wir regelmäßig zusammenkämen, um unsere gemeinsamen Angelegenheiten zu besprechen und die Fragen nicht immer erst dann behandeln, wenn aus das Feuer auf den Rücken brennt. Jetzt hört ja kaum einer etwas von den andern, keiner hat so recht gewußt, was los gewesen ist. Es wäre also gut, wenn wir uns organisierten und regelmäßige Zusammenkünfte vereinbarten, so daß

nach dem Vorspielen der Arbeitnehmer auch die Arbeitgeber geschlossen auftreten können. Das ist meines Erachtens dem Bergbau durchaus notwendig.“ (Wefau).

Der Vorsitzende Herr Vergrat Kleine erklärte hierauf:

„Das ist eine sehr wichtige Frage. Wir haben, wie Sie ja wohl wissen, einen Bergarbeiterverband bei uns gegründet, der einmal für Unterstützungen bei Streiks sehr wichtig ist und ferner auch in bezug auf die Arbeiterverhältnisse. Es ist Ihnen ja wohl dieses Mal über die sogenannten Schätzungen gestoßen. Ich weiß darüber verhandelt. Derartige Fragen unter uns zu besprechen, hat in der Tat eine große Bedeutung. Wir haben ja früher schon darüber gesprochen, und ich glaube, es wird wohl richtig sein, wenn wir da einmal eine Art Organisation suchen und dann zusammenkommen und über die Sache sprechen. Wenn die Herren damit einverstanden sind, würden von unserer Seite wohl Vorschläge gemacht werden.“

Hilgers Mahnung, einen festeren Zusammenschluß der Grubenbesitzerorganisationen Preußens (später wohl ganz Deutschlands) herzuzuführen, wird bei den Grubenherren nicht ungehört verhallen.

Eine neue Organisation der Bergwerksbesitzer über ganz Preußen!

Wissen die Bergarbeiter, was das bedeutet? Die Grubenbesitzer haben ihr Syndikat und Verkaufsvereinigungen, haben Vereine für bergbauliche Interessen. Zechengenossenschaften gegen die Arbeiter sind fast in allen Revieren Deutschlands gegründet worden. Die Grubenbesitzer haben eine kräftige Vertretung in den verschiedensten Handelskammern und in der Knapschaftsverfassungsgenossenschaft. Hinzu kommt die Versippe — finanziell wie familiär — der Bergwerksbesitzer untereinander wie die Versippe mit der hohen Finanz- und Beamtenwelt. Die Macht und der Einfluß der Bergwerksbesitzer ist heute schon auf das ganze öffentliche Leben ein gewaltiger. Und nun soll noch ein weiterer Trutzverband entstehen. Es genügt nicht, daß die Grubenbesitzerorganisationen sich schon im „Centralverband der Industriellen“ zusammenfinden. Sie halten noch eine besondere Organisation für notwendig. Überall ist das Augenmerk der Werkkapitalisten auf die weitere Konzentration ihrer Macht gerichtet. Kein Opfer scheuen sie, wenn es sich um ihre Interessen und gegen die Arbeiter handelt. Und die Bergarbeiter? Sie gehen hin, folgen vielsch. den Beschlüssen und Demagogien, lassen sich an der Nase herumführen von Leuten, die das Wohl und das Leid der Bergarbeiter nur vom Hörensagen kennen. Bergarbeiter gehen hin, helfen den Werkkapitalisten noch in den Sack, christliche Gewerkschaftsführer wie Heinz Schmöll mit ihnen und möchten gerne sehen, daß statt Arbeiter Grubenbesitzer von Bergarbeitern in den Reichstag hingewählt werden. Bergarbeiter, wie lange soll das noch so fortgehen?

Ist die Mahnung Hilgers an die Bergherren nicht gleichzeitig eine Mahnung an alle Bergarbeiter, dem Beispiel der Grubenbesitzer zu folgen? Schließt euch zusammen, Kameraden! In der Einheit liegt die Kraft. Das lernt von den Grubenbesitzern.

Die Geheimkonferenz der Ministerstürzer und der Reichstag.

Wer noch nicht wußte, welche ungeheure Macht der „schöne Mammon“ in unserem angeblich christlichen Staate hat, der sehe in die Zeitungen der angeblich christlichen und staatserhaltenden Parteien. Die sozialdemokratische Presse hat ausnahmslos die Erfüllung der „Bergarbeiter-Zeitung“ über die Ministerstürzer ausführlich, zum großen Teil wiederholt besprochen und gefeiert die soziale Durchsetzung einer Herrenfamilie, die, wenn sich Maschinenräder aufsetzen, öffentlich so rühselig von den „armen, braven Bergarbeitern“ salabiert, geheim aber beratschlägt, wie Reformen verhindert werden. In dem angeblich christlichen und staatserhaltenden großen Blätterwald befinden sich nur ganz vereinzelte Zeitungen, die Courage und soziales Verständnis genug besitzen, um mit der gemeingerührten großkapitalistischen Kamarilla anzubinden!

Das ist bezeichnend für die Zustände in Preußen-Domänen, ungemein aufklärend für die gesamte Arbeiterschaft.

Auch im Reichstag offenbarte sich die Mafiosigkeit der bürgerlichen Parteien gegenüber den königlichen von Mammon. Ganz offenbar, sich in kaum zu übersteigender Weise auch die Parteien der Regierungsbefürworter vor den Ministerstürzern.

Einzig und allein der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, der Abgeordnete Eduard David, geizte die großspurige

Berichterstattung gegen die Volkswirtschaft. Es war bei der Debatte über die innere Politik des Reichskanzlers Fürst Bülow, am 30. März.

Reichstagabgeordneter David

Hatte zunächst das Finanzelend im deutschen Reichshaushalt besprochen und behandelte dann die Sozialpolitik.

"Meine Herren, Sie entzünden sich, daß wir hier vor nicht langer Zeit eine Auseinandersetzung wegen des entschuldigen Unfalls auf der Grube Madvod hatten. Es ging ein Schrei des Entsetzens durch das ganze Reich und unter dem Eindruck dieses Geschehens erklärte auch die Reichsregierung hier durch den Mund des Herrn Staatssekretärs des Innern, daß man dem Gedanken einer Kontrolle durch die Arbeiter entgegenkommen wolle; er sagte:

Werden speziell dazu organisierte und von dem Vertrauen ihrer Kameraden getragene Arbeiter mit der Besuchung ausgestattet, die Sicherheit der Grubenförderungen zu beobachten und vorgefundene Mängel in einem bestimmt geordneten Verfahren bei der Bergbauverwaltung und üblicherweise zum Ausdruck zu bringen, so wird eine solche mitverantwortliche Betreuung der Arbeiterkontrolleure gerade eine staatliche Unterstützung der Sozialdemokratie sein würde. (Stürmisches Hört! hört!)

Ges. v. Bethmann Hollweg teilte dann weiter mit, daß man in Preußen zunächst vorgesehen werde, und daß es dann die Vorschläge, die in Preußen ausgearbeitet würden, mit zur Grundlage nehmen werde bei seiner Einwirkung auf andere Bundesstaaten.

Nun wird es Herrn v. Bethmann Hollweg gewiß sehr interessant sein zu erfahren, wie in diesen Tagen gearbeitet wird, um zu verhindern, daß etwas auftaucht kommt. Ich will hier in dieser Stunde nicht in das Detail einer Spezialfrage eingehen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wird noch kommen), ich muß aber ein paar technische Bemerkungen machen: Sie werden bald merken, daß die Sache eine allgemeine politische Bedeutung hat, und darum bitte ich zunächst einen Augenblick um Ihre Aufmerksamkeit.

Auf den 7. Januar 1908 hatte der preußische Handelsminister Delbrück eine Konferenz von Vertretern der Grubenbesitzerverbände nach Berlin einberufen. Zu dieser Konferenz waren auch zwei Bergarbeiter — der eine gehörte dem alten Verband, der andere dem christlichen Verband an — mit eingeladen. Am Tage vor dieser Konferenz fand eine Vorbesprechung statt, von den Vertretern der Grubenbesitzervereine in Preußen im Palasthotel in Berlin. Sie trug zwar einen streng vertraulichen Charakter, aber ihre Verhandlungen sind von so großer politischer Bedeutung, daß wir berechtigt sind, sie der breitesten Öffentlichkeit zu überliefern. Ich bin in der Lage, Ihnen aus dem stenographischen Bericht, der über diese vertraulichen Verhandlungen aufgenommen wurde, Mitteilungen zu machen. Ich bin überzeugt, daß sie gleichmäßig für das Haus wie für die Herren von der Regierung von höchstem Interesse sein werden.

Meine Herren, wie Sie wissen, handelt es sich bei diesem Gesetz in erster Linie um die Frage der Arbeiterkontrolleure, der Grubenkontrolleure aus den Kreisen der Arbeiter selbst als gewählte, unabhängige Vertretervertreter. Dieser Forderung stehen die Besitzer der Gruben entgegen. Sie wollen nichts davon wissen und suchen darum, wenn schon einmal etwas in der Art gemacht werden soll, an Stelle dieser unabhängigen Arbeiterkontrolleure sogenannte „Sicherheitsmänner“, die schließen, d. h. Arbeiter, die in ihrem Arbeitsverhältnis und damit im wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zu der Bergbauverwaltung bleiben, und die deswegen nicht einzutreten sind, unabhängig zu urteilen. Das ist der springende Punkt; den muß ich vorausschicken.

Meine Herren, nun beraten die Herren Grubenbesitzer, was sie am nächsten Tag in der Konferenz mit dem Minister tun wollen. Da tritt auf Herr Generaldirektor Hilger, der früher die Direktion der preußischen Gruben im Saarrevier leitete und nicht zunächst Mitteilungen über die Einrichtung der Sicherheitsmänner, die man dort auf diesen staatlichen Gruben hat, und die man anstreben solle, wenn es nicht gelingen würde, das ganze Gesetz zum Scheitern zu bringen.

Diese Mitteilungen sind zunächst interessant, weil sie den Zustand der preußischen Gruben zeigen, weil sie zeigen, wie jenes schöne Wort vom Throne, daß die Staatsbetriebe Musteranstalten sein sollten, in denen die Arbeiterausübung Männer ihres Vertrauens haben sollten, in Preußen gehandhabt worden ist. Generaldirektor Hilger entschuldigt sich zunächst damit, daß er überhaupt seinerzeit seine Zustimmung zur Einführung dieser Sicherheitsmänner gegeben habe, mit der Erklärung: „Ich habe mich damals bereit erklärt, den Versuch in der Form zu machen, um Schlimmes zu verhindern.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann bringt er einen mildenden Umstand: es sei ja auch im Saarrevier ein besonderer Zustand, da habe man nichts zu fürchten; denn: „In Saarbrücken hat die Vermaltung den Bergmann so in der Hand“ (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), daß, wenn sie ihm fänden, er nirgendwo Arbeit finde.“ (Lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Er sagt dann weiter, daß er damals den Kampf gelämpft habe — das wird auch die Herren vom Zentrum interessieren — gegen Klerikal-, Sozial- und sonstige Demokraten. Sie werden noch schöner Illustrationen dafür erhalten.

Der Herr sagte dann als Ergebnis:

Wenn man nach den Erfahrungen fragt, kann man sagen, daß die Arbeiterkontrolleure genau das gehalten haben, was wir uns von Ihnen versprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es sollte die ganze Sache meinem Willen nach weiße Salbe sein, und es ist auch weiße Salbe geblieben.

Was die Herren mit „weißer Salbe“ sagen wollen, liegt auf der Hand, nämlich etwas, was man einer alten Bauernsprichwörter als Hilfsmittel in die Hand stellt, indem man ihr sagt: schmieren sie sich das drauf, das hilft. In Wahrheit ist nichts weiter als ein schöner Betrug.

Herr Hilger führt noch weiter aus, wie man es gemacht habe, wie man verhindert habe, daß überhaupt ein tüchtiger Mann hineinkäme durch ein eigenartiges Wahlverfahren. Dann der Erfolg:

Wenn man aber glauben wollte, daß die Sicherheitsmänner in Saarbrücken irgendwie dazu beigetragen hätten, Unfälle zu verhindern, so ist das selbstverständlich ein Überglück. (Lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es hat sich herausgestellt, daß bei allen Gefährdungen, die sie vorgenommen haben, stets mit verschwindenden Ausnahmen in das Fahrbuch eingetrieben worden ist: Alles in Ordnung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wie hat der Herr das gemacht? Erstens, sagt er, muß, um das zu erreichen, daran festgehalten werden, daß das Werk der Bündigungsrückhalt für die die Aufruhr abenden Arbeiter sich vorbehält (Lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten und in der Mitte), sobald es sie jederzeit, ohne einen Grund dafür zu sagen, herauszuschmeißen kann, wenn sie ihnen unangenehm sind. Zweitens muß verhindert werden, daß diese Sicherheitsmänner in Verbindung treten mit den amtlich beorderten Bergaufsichtsbeamten. (Hört! hört!) Man muß vermeiden, sagt er, daß das Buch, in das sie eintragen, diesen Revierbeamten vorgelegt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und drittens, sagt er, dürfen sie keine Beihilfe fassen, sondern nur Vorschläge machen. Das ist das Verfahren, mit dem man eine Maßregel unshädlich zu machen bestrebt ist, die gedacht war, um Menschenleben zu schützen (Lebhafte Rufe: hört! hört!), die gedacht war, um so schweren Unfallstode, mit Menschen Tod von Menschen, wie wir sie immer wieder erleben, zurückzudrängen. Aber, meine Herren, Herr Hilger sagt noch mehr: er meint, die Sicherheitsmänner hätten auch eine gute Seite für sie. Men können sie nämlich, wenn etwas vorkomme, als Sündenhölde gebrauchen. (Lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten: Das ist allerdings ein Erkenntnis!) Es sagt wörtlich:

„Wenn wird man sich wohl morgen auf den Zweckmäßigkeitsstandpunkt stellen und wird sagen, es ist in vielen Fällen außerordentlich bequem allerdings!“ Er schafft man die Menschen, daß sie nichts monieren können, nichts sagen dürfen, und dann benötigt man sie, wenn wieder einmal der Tod seine Grenze gehalten hat, nach außen als Sündenhölde, um die Bergbauverwaltung zu entlasten. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das sind „Gefährte“!) Da sehen Sie die Psychologie des Mammonismus. Aber es wird noch interessanter. Trotz der „Ungefährlichkeit“ wollen die Herren auch von den Sicherheitsmännern nichts wissen, wenn sie das Ganze zu Fall bringen können, und deshalb beraten sie nun über ein praktisches Verfahren für die Konferenz bei dem Minister, um das ganze Gesetz zum Scheitern zu bringen.

Da tritt auf ein Herr Dr. Böhl, der Generalsekretär der schlesischen Gruben, früher Mitglied der nationalliberalen Partei im Abgeordnetenhaus, und gibt folgende Verhältnismäßigmaßregeln für die Konferenz bei dem Minister:

Bei diesem primitiven Rückspruch hinzuweiterum möchte ich bitten, morgen in erster Linie absolut nicht das Bergbaulegegesetz, Technische

und Berg, in den Vorbericht zu stellen — zumal man hieran immer nicht so ganz glauben, sondern annehmen wird, daß wir pro domo sprächen, sondern als das Wichtigste hierbei — und das hat ja der Bergrat Kleine ganz ausgeschlagen (Lebhafte Rufe: hört! hört!) Man muß — mit anderen Worten — scharf pointieren, daß die geplante neue Einrichtung der Arbeiterkontrolleure gerade eine staatliche Unterstützung der Sozialdemokratie sein würde. (Stürmisches Hört! hört!)

Das entwickelt der Herr mit noch einigen weiteren sehr pointierten Sätzen. Die Einzelheiten meint er, Ihnen als später noch im Landtag auszudenken, aber jetzt vor allem der politische Trumpf, daß wir sagen: Die Sozialdemokratie kommt dabei in Frage! — Ja, das ist die bewährte Methode, von der ich vorhin gesprochen habe. Sie sehen: diese Methode wird auch anderweitig angewandt; sie wird ganz allgemein angewandt, wenn es gilt, etwas zu verhindern, was der Arbeiternasse zu gute kommen soll, was die Wortkombinationen angreift! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Diese Methode findet aber hier noch einen viel schärferen Ausdruck. Da tritt ein Geheimer Oberbergrat Uthemann auf. Der war früher im Handelsministerium (hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und ist, wie schon so mancher, aus dem Staatsdienst hinübergewechselt in den Dienst der großen Industrie. Die Herren von der Industrie können sich das eben leisten; sie haben ja den großen Geldsack, um sich solche Herren zu kaufen, von denen sie annehmen, daß deren frühere Beziehungen ihnen gute Dienste leisten! Das ist ein System heute, und ein Symptom der Zeiten, in denen wir leben! (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Die Herren Berghersteller reden nichts aus, wovon sie nicht wissen, daß es Ihnen nicht thut und aber eins bringt! Sie haben sich ja wiederholt erboten, Summen zu geben; bei der Wahl von 1907 haben sie auch bestanden! Wir wissen aber: Wenn die Herren bestimmen, dann tun sie es nicht um irgendwelcher christlicher oder nationaler Idee willen, sondern um sehr klarer Interessen und Vorteile willen! Dieser Geheimen Oberbergrat Uthemann also tritt auf und sagt: Er sei fröhlich ja bei der Freiheit gewesen (große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Die Herren Berghersteller reden nichts aus, wovon sie nicht wissen, daß es Ihnen nicht thut und aber eins bringt! Sie haben sich ja wiederholt erboten, Summen zu geben; bei der Wahl von 1907 haben sie auch bestanden!

Ich, mein er, diese Einrichtung habe nicht der Minister, sondern der Oberberghauptmann verlangt; sie sei ziemlich barfüßig! Damit wollten die Herren Beamtin sich nur decken; weil sie doch nicht immer alles verhindern, wollten sie Sachverständige aus Distanzkreisen haben!

Wörtlich bewertet er dann:

Ich kenne aus meiner Tätigkeit — im Ministerium — eine solche Deputation; in Gewerbeschäften ist sie beim Handelsministerium eingesezt. Sie besteht aus einer Reihe bekannter, hochgelehrter Herren, die dem Minister als Sachverständige zur Seite stehen sollen. Diese Deputation hat viel zu beraten, aber in letzter Reihe selbst nichts zu sagen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So wird es auch mit unserer Deputation werden.

Ich kenne aus meiner Tätigkeit — im Ministerium — eine solche Deputation; in Gewerbeschäften ist sie beim Handelsministerium eingesezt. Sie besteht aus einer Reihe bekannter, hochgelehrter Herren, die dem Minister als Sachverständige zur Seite stehen sollen. Diese Deputation hat viel zu beraten, aber in letzter Reihe selbst nichts zu sagen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So wird es auch mit unserer Deputation werden.

Als ob darüber brauche man sich keine grünen Haare machen zu lassen! — Dann leistet er dem Herrn Dr. Böhl etwas abzuhören, wenn ich ihn immer mit dem nationalliberalen Standpunkt in dieser Frage ausgelendet habe. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich habe ihm zu danken für den Standpunkt, den er heute hier vertreten.

Eben Sie, meine Herren von den Nationalliberalen, Sie sind doch wahrhaftig keine Himmelsstürmer in Sachen der Sozialpolitik! Das kann man Ihnen wirklich nicht nachsagen! Sie halten ein sehr gemäßiges, sehr bedächtiges Tempo inne und rechtfertigen das ja immer, indem Sie sagen: Die anderen müssen doch nachkommen können! Aber seien Sie: Ihr Standpunkt ist ein schon viel zu weitgehender für die Herren, die hier Worte schreien! (Zuruf von den Nationalliberalen: Das kann uns ganz egal sein!) — So ganz egal kann Ihnen das doch nicht sein, Herr Kollege; das meinen Sie auch nicht ehrlich!

Nun, was sagt aber der Herr Geheimer Oberbergrat Uthemann weiter, was gibt er für praktische Weisungen, wie man dem Minister gegenüber auftreten soll? Er sagt:

Ich möchte die Herren, die morgen ins Ministerium — in die Freiheit, bei der er selber selber war! — gehen, bitten, immer ganz krass Nein! zu sagen (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), sich auf keine Erörterungen im Detail einzulassen, vor allem zu diesem wichtigen Punkt offen zu erklären: Wir sind Herr im Hause, und wir lassen die Arbeiter nicht hindurenden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Drücken Sie dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge! Das ist nach meiner Ansicht die einzige Möglichkeit, das unheilsame Gesetz zum Scheitern zu bringen, das wir würden dem Herrenhause — dem Herrenhaus! — sagen können: Wir haben unseren Herrenstandpunkt vertreten, nun, Herrenhaus, zeige, daß du deinen Namen verdienst, und hilf uns! (Lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichsanzler hat ja auch wiederholt seine Bewunderung, seine Anerkennung und seine Zuneigung zum preußischen Herrenhause ausgedrückt; es ist das Forum, vor dem er den Plausfall auf die Frankfurter Kassen gemacht hat und anderes mehr. Hier kann der Herr Reichsanzler sehen, wozu das Herrenhaus im Mechanismus des preußischen Staates dient. Das, was man im Landtag noch nicht ganz fertig bringen kann — dem Restlichen etwa von Sozialpolitik, das dort durchdrückt, dem drückt man im Herrenhaus noch das Genick.

Die Herren erwägen dann, ob es nicht vielleicht am besten wäre, man ginge garnicht hin; das sei eine Taktik, die vielleicht nicht noch besser sei; sie hätten ja als guten Grund den: Es feien zwei Sozialdemokraten eingeladen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der eine Vertreter, der des christlichen Verbandes, ist natürlich für sie auch Sozialdemokrat; der andere, der des alten Verbandes, wird ebenfalls ohne weiteres nach seinem politischen Verhältnis abgetempelt, obgleich er von dem Knappischtsvorstande ausgewählt worden war als sachkundiger Vertreter, nicht als Sozialdemokrat. Man erwidert also, garnicht hinzugehen und zu erklären: Wir können nicht hingehen, weil zwei Sozialdemokraten gekommen sind. Der Herr Geheimer Oberbergrat Uthemann sagt dazu:

Ich meine, jetzt hätten wir auch eine taktische Handhabe gegen den Herrn Handelsminister (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), wie wir besser gar nicht haben können. Denken Sie einmal nach: wenn heute die Vertreter der gesamten preußischen Bergwerksdistrikte erklären, wie gehen nicht zu den Verhandlungen im Handelsministerium, weil uns heute abend bekannt geworden ist, daß der preußische Herr Handelsminister offiziell einen Sozialdemokraten zu diesen Verhandlungen eingeladen hat, lehnen wir es ab, zu einer solchen Besprechung zu gehen, dann schmeicen wir die ganze Geschichte. (Lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Herren erwägen dann, ob es nicht vielleicht am besten wäre, man ginge garnicht hin; das sei eine Taktik, die vielleicht nicht noch besser sei; sie hätten ja als guten Grund den: Es feien zwei Sozialdemokraten eingeladen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der eine Vertreter, der des christlichen Verbandes, ist natürlich für sie auch Sozialdemokrat; der andere, der des alten Verbandes, wird ebenfalls ohne weiteres nach seinem politischen Verhältnis abgetempelt, obgleich er von dem Knappischtsvorstande ausgewählt worden war als sachkundiger Vertreter, nicht als Sozialdemokrat. Man erwidert also, garnicht hinzugehen und zu erklären: Wir können nicht hingehen, weil zwei Sozialdemokraten gekommen sind. Der Herr Geheimer Oberbergrat Uthemann sagt dazu:

Ich meine, jetzt hätten wir auch eine taktische Handhabe gegen den Herrn Handelsminister (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), wie wir besser gar nicht haben können. Denken Sie einmal nach: wenn heute die Vertreter der gesamten preußischen Bergwerksdistrikte erklären, wie gehen nicht zu den Verhandlungen im Handelsministerium, weil uns heute abend bekannt geworden ist, daß der preußische Herr Handelsminister offiziell einen Sozialdemokraten zu diesen Verhandlungen eingeladen hat, lehnen wir es ab, zu einer solchen Besprechung zu gehen, dann schmeicen wir die ganze Geschichte. (Lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die ganze Geschichte — das ist nicht etwa bloß die Berggesetze-Novelle, nein, das ist auch der Herr Minister Delbrück; der gehört mit zur „ganzen Geschichte“, die sie hoffen schmeien zu können. Die Herren Generaldirektor Hilger und Bergrat Billiger machen Bedenken geltend und sagen, man solle doch den Minister nicht so brüskieren. Darauf antwortet der Geheimen Bergrat Uthemann:

Die einzige Hoffnung — das betone ich immer wieder —, das Gesetz zu Fall zu bringen, ist das Herrenhaus. Nach meiner Meinung ist hier eine taktische Handhabe gegeben, mit dem Geiz zugleich den Bergrat Kleine präsentiert, zu beseitigen. (Lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gute Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die ganze Geschichte — das ist nicht etwa bloß die Berggesetze-Novelle, nein, das ist auch der Herr Minister Delbrück; der gehört mit zur „ganzen Geschichte“, die sie hoffen schmeien zu können. Die Herren Generaldirektor Hilger und Bergrat Billiger machen Bedenken geltend und sagen, man solle doch den Minister nicht so brüskieren. Darauf antwortet der Geheimen Bergrat Uthemann:

Die einzige Hoffnung — das betone ich immer wieder —, das Gesetz zu Fall zu bringen, ist das Herrenhaus. Nach meiner Meinung ist hier eine taktische Handhabe gegeben, mit dem Geiz zugleich den Bergrat Kleine präsentiert, zu beseitigen. (Lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gute Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die ganze Geschichte — das ist nicht etwa bloß die Berggesetze-Novelle, nein, das ist auch der Herr Minister Delbrück; der gehört mit zur „ganzen Geschichte“, die sie hoffen schmeien zu können. Die Herren Generaldirektor Hilger und Bergrat Billiger machen Bedenken geltend und sagen, man solle doch den Minister nicht so brüskieren. Darauf antwortet der Geheimen Bergrat Uthemann:

Die einzige Hoffnung — das betone ich immer wieder —, das Gesetz zu Fall zu bringen, ist das Herrenhaus. Nach meiner Meinung ist hier eine taktische Handhabe gegeben, mit dem Geiz zugleich den Bergrat Kleine präsentiert, zu beseitigen. (Lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gute Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die ganze Geschichte — das ist nicht etwa bloß die Berggesetze-Novelle, nein, das ist auch der Herr Minister Delbrück; der gehört mit zur „ganzen Geschichte“, die sie hoffen schmeien zu können. Die Herren Generaldirektor Hilger und Bergrat Billiger machen Bedenken geltend und sagen, man solle doch den Minister nicht so brüskieren. Darauf antwortet der Geheimen Bergrat Uthemann:

Die einzige Hoffnung — das betone ich immer wieder —, das Gesetz zu Fall zu bringen, ist das Herrenhaus. Nach meiner Meinung ist hier eine taktische Handhabe gegeben, mit dem Geiz zugleich den Bergrat Kleine präsentiert, zu beseitigen. (Lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gute Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die ganze Geschichte — das ist nicht etwa bloß die Berggesetze-Novelle, nein, das ist auch der Herr Minister Delbrück; der gehört mit zur „ganzen Geschichte“, die sie hoffen schmeien zu können. Die Herren Generaldirektor Hilger und Bergrat Billiger machen Bedenken geltend und sagen, man solle doch den Minister nicht so brüskieren. Darauf antwortet der Geheimen Bergrat Uthemann:

Die einzige Hoffnung — das betone ich immer wieder —, das Gesetz zu Fall zu bringen, ist das Herrenhaus. Nach meiner Meinung ist hier eine taktische Handhabe gegeben, mit dem Geiz zugleich den Bergrat Kleine präsentiert, zu beseitigen. (Lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gute Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ist er ein starker Gegner des Staatssekretärs des Innern? (Bethmann Hollweg.) Hört! hört! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Außerdem muß ich sagen, meine persönliche Verhandlung mit ihm hat mir auch den Eindruck verschafft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube darum eigentlich nicht, daß wir so stark gegen den Minister persönlich vorgehen sollten. Nach meiner Ansicht liegt eigentlich die Sache viel mehr bei der Bergbauabteilung. Da rüft der Geheimrat Uthemann dazwischen: Nein, das ist noch

Beschieden: "Sie haben sich an die Haushaltung zu halten, Beschwerden gibt es nicht." Wer sich beschwert, wird also bestraft oder nach Tage der Sache sofort entlassen. Da ist ferner der Bahntechniker Hennemann, der sich im Anschluss nicht genug tun kann. Sonntags im Douchetam und später, wenn zum Essen gesammelt wird, ist der Herr in seinem Juwelier und schaut als ob er auf einem Rosenhof wäre, statt im Krankenhaus. Der Herr überreicht doch offenbar seine Wünsche und hätte schon längst von Amtsräte einen entsprechenden Wink haben müssen. Unrechtmäßigkeiten beim Essen sind sehr häufig, z. B. Körner im Salat nichts selten, glaubt aber der "Hilfsliebe" Ginder sich beschweren zu müssen, so wird ihm von Kollegen, die schon einen längeren Aufenthalt hinter sich haben, geraten, daß sie besser zu untersuchen, da es sonst abendessen noch bestraft würde.

Der katholische Gottesdienst und alles, was damit zusammenhängt, erfreut sich der besonderen Aufmerksamkeit des Amtsräters, wie halten dies für erwähnenswert, weil gegen den evangelischen ausschließlich zurücksteht. Welches Recht für alle, auch hier. Der katholische wie auch der evangelische Gottesdienst fallen in die Stunden der täglichen Plegier und des Spiegelgangs, das könnte geändert werden, aber hierauf begünstigte Weise sind noch nicht berücksichtigt worden.

Weilen wird ein ähnliches Vorkommen aus dem Jahre 1900 in Erinnerung gehalten, man könnte ganz gut von einem Wurzelstrich sprechen. Damals verloren 25 Mann die Amtskasse Berlinghausen, weil ihnen vorher kein Wurzelstrich vorgesehen wurde, wie man sagte. Auch damals sind die "Meisterer" sonst und sonders prächtig bestraft worden. Auch damals schon liegen die Verhältnisse so sehr zu wünschen übrig, daß ein der Knappelschaft sowohl wie der Amtskasse Berlinghausen sehr nahestehender Herr sich zu der Neuerung veranlaßt fühlt: "Ich wollte, an alle vier Ecken von Berlinghausen würde eine Bombe gelöst."

Wir meinen, eine wirkliche Kur, wenn es eine solche werden soll, verlangt eine rein sachlich-kratikale Behandlung, dazu gehört auch eine Gewissensreue nach einer besonderen Seite, nicht aber nach der oben geschilderten. 18 Wochen Aufenthalt in diesem auf einsamer Höhe gelegenen Hause fordert gebietende Bestrafung. Das hat man auch eingesehen, leider erst in längerer Zeit, und wo man in der Haushaltung eines Alpenateliers und eines Grammophons sowie diverser Spiele einen Schritt zur Besserung sehen will, begehrten wir ihn mit Freuden. Hoffentlich geht die Verwaltung in dieser Beziehung bald weiter. In Kürze werden wir uns weiter mit Berlinghausen beschäftigen, nicht allein im Interesse derer, denen das Schicksal es nicht erspart hat, selbst dort Aufenthalt nehmen zu müssen, auch im Interesse derer aus dem Kreise der Bergarbeiter, die ihren Bauern zum Bau dieses Hauses beigetragen haben, das zwar schon oft, aber in wenig rühmlicher Weise von sich reden gemacht hat.

Wie's gemacht wird — in Klein-Saarabien.

Seit langerer Zeit war man auf den staatlichen Gruben Bayerns beschäftigt, einen Knappelschaftsverband zu gründen. Nun liegt das Machwerk vor und zwar in hindernder Form. Ohne daß die Belegschaft vorher Kenntnis erhielt, wurde es zum Besluß erhoben. Man wird nun fragen, wie so etwas nur möglich war, da doch die Arbeiter ihre Vertreter im Knappelschaftsausschuß sitzen haben und diese als Ehrenmänner doch die Verpflichtung hätten, die Belegschaft von solchen treulosesten Fragen in Kenntnis zu setzen. Aber nur genug, wozu wären wir denn in Klein-Saarabien. So etwas widergespräche ja allen Traditionen.

Im Sommer vorigen Jahres, unter der gelehrten Leitung des fröhlichen Herrn Bergmeisters Ziegelmeyer, wurde mit den Knappelschaftsältesten eine Sitzung abgehalten, in welcher ihnen der neue Statutenentwurf vorgelegt wurde. Als nun die Ältesten an Herrn Ziegelmeyer das Gesuch richteten, einige Abschriften des besagten Statutenentwurfs in die Hand zu bekommen, damit sie sich genauer informieren könnten, erklärte Herr Ziegelmeyer, daß sie (die Ältesten) wohl einige Abschriften haben könnten, müßten ihm aber schon versprechen, daß nichts davon an die Öffentlichkeit kommt. Auch garantierte Herr Ziegelmeyer noch, daß die Ältesten viel mehr erreichen würden, wenn sie schön ruhig bei der Sache wären und nichts in die Zeitung läute. Nicht uninteressant dürfte vielleicht sein, daß der bisherige Vorstüller der Ältesten, Josef Mayr I., einen um die gleiche Zeit zum Ausschluß empört wurde. Wir wissen jetzt nach Erkundungen des Status auch warum Herr Ziegelmeyer so große Angst vor der Öffentlichkeit hatte. Wie aber die Belegschaft mit dieser Geheimnisträumerie einverstanden ist, hat sich in zwei gut besuchten Versammlungen gezeigt, wo das Statut und die beliebte Überprüfungspolitik einstimmig verurteilt wurde. Stolz können also die Erzenger auf ihr Werk nicht sein, außerdem waren sie schon vorher mit dem Gedanken umgegangen, etwas zu machen, womit die Arbeiterschaft nicht zufrieden sein kann. Jetzt steht die Belegschaft vor vollendeten Tatsachen und kann schauen, wie sie die Verschlechterungen, welche man in die Norm als Zugangs in hineingebaut hat, wieder herausbringt. Aus dem dankbaren Statut, das in wunderbare Juristendurchsetzung gehalten ist, wollen wir nur einige sofort in die Augen springende Punkte herausgreifen.

S 8 und 12 V enthalten Bestimmungen, nach welchen jedes erkannte Mitglied seine, sowie die Beiträge des Werksbesitzers, weiterbezahlt muss, wenn die Krankheitszeit bei der Pensionsberechnung in Ansatz gebracht werden soll. Es ist aber schon eine Rüte jenseitsgleichen, wenn ein starker von seinen paar Pfennigen, die er als Krankengeld bezahlt, seinen und sogar das Werksbesitzers Beitrag weiter bezahlen muss, oder er läßt sich seine Rechte fürzten, wenn er nicht bezahlt.

In § 10 V heißt es, daß ausscheidenden Mitgliedern, welche sich schon das Recht auf Pension erworben haben und wollen sich dieses Recht nicht durch Fortzahlung einer monatlichen Gebühr von einer Mark füllen, durch den Knappelschaftsvorstand eine einmalige Vergütung gewährt werden kann.

Es hängt diese Vergütung also nur ganz allein von den Vertretern des Werkes im Knappelschaftsvorstand ab, denn würden auch die Vertreter der Arbeiter dafür stimmen, so würde das allein nichts nützen, weil bei Einigunglichkeit jeder Antrag als abgelehnt gilt.

S 21 bringt die Verschlechterung, daß die Pensionen von nun an am Schlusse eines jeden Monats ausgezahlt werden, was bis jetzt gesetzterweise am 1. jeden Monats im voraus geschah.

S 25 II nimmt einem großen Teile der Belegschaft, welcher nach dem ersten Jahr rechtfreig ist, das Wahlrecht zu den Knappelschaftswahlen. Dieser § besagt nämlich im Absatz II, daß nur vollberechtigte Mitglieder zur Teilnahme an den Wahlen berechtigt sind. Vollberechtigt sind aber nur diejenigen Mitglieder, welche eine Wmonatliche (5 Jahre) Fristzeitigkeit hinter sich und auch die vorgeschriebenen Beiträge für diese Zeit geleistet haben. Bisher war jeder volljährige (21 Jahre alte) Arbeiter wahlberechtigt. Die Pensionklassen sind nach Wohlfällen eingeteilt und zwar in 10, sage und schreibe zehn. Was diese Haarspalterei zu bedeuten hat, ist schwer zu begreifen. Tatsache ist, daß dieser Zustand ein ungerechter ist und eine Unmenge unnötiger Arbeiten verursacht.

Jeder Arbeiter einmal in der höchsten Klasse angelangt und er will sich das Recht in dieser Klasse sichern, (im Falle, daß er bei der periodischen Einzelung in eine niedere Klasse versetzt würde) so muß er außer seinem für die höchste Klasse maßgebenden Beitrag auch den Differenzbeitrag zwischen der hohen und niederen Klasse, den zuerst der Unternehmer zahlte, selbst weiter bezahlen. So scheint die "Vortreter" des neuen Status auf. Doch es ist weit kommen könnte, ist in erster Linie die Schuld der tourigen Organisationsverhältnisse zu jener Zeit. Ein gefüllt von den Empfehlungen über den guten Mann ließ sich die Belegschaft von den Aussekretärn und sonstigen willkürigen Elementen ausseinen und organisierte ratsam was geschehen war, wurde im Grünen der Fürtzug vollzogen.

Demnach Arbeiter Feuerberg! Fahrt euch vor, für die nächsten Knappelschaftswahlen nur Männer zu wählen, die ein festes Rückgrat besitzen und den Herren bei solchen Gelegenheiten, wie sie bei der Durchdringung des neuen Knappelschaftsstatus vorhanden waren, auch ein energisches "Nein" entgegen zu rufen trauen.

Dortmund. In der am 28. März stattgefundenen Versammlung der Verbandsältesten der Kommission Dortmund, in welcher die Ältesten Deiden-Ammen und Alte-Dortmund ohne Einschlußbildung saßen, wurde das bisherige Bureau einstimmig für das Jahr 1909 wieder gewählt. Dann eröffnete der Leiter des jülicher Berichts über die letzten Vorstandssitzungen. Speziell die Angelegenheit der 77 Berlinghauser Plegiering, eine lebhafte Diskussion hervor. Es wurde hierbei sehr bedauert, daß die örtlichen Verbandsältesten auch jetzt wieder — wie es leider schon so ist gegeben ist — dazu beigebracht haben, daß die Rechte der Bergarbeiter immer mehr geschmälerzt und in diesem Falle eine gerechte Unterstützung, wie es die Verbandsältesten verlangten, mit ihrer Hilfe unterdrückt werden ist. Und die Angelegenheit zwischen dem Knappelschaftlichen Oberarzt und der Bevölkerung, betreffend die Ausstellung der ärztlichen Gutachten, wurde schärfstens kritisiert. Dann wurde vom verschiedenen Ältesten Klage darüber geführt, daß die Invalidisierung-

Anträge, welche selber von den Ältesten an die Knappelschaft eingeschickt wurden, jetzt oft wochenlang bei den Bergarbeiter liegen bleiben, oder von denselben verlangt wird, daß die Antragsteller das Transport selbst begleiten sollen. Auch hätten verschiedene Betriebsverwaltungen, Krautensassenmitgliedern bei bevorstehenden Verhandlungen die Eintragung in die Wählerlisten verweigert. Da dieses Vorgetheue der Bergarbeiter sowohl als auch der Betriebsverwaltungen ungerecht ist, wurden die Vorstandsältesten bestrebt, die Sachen bei der nächsten Gelegenheit im Vorstand zur Sprache zu bringen.

Missstände auf den Gruben.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Zeche Einscher-Klype. Das Ende bei der Seilschaft und bei der Lohnauszahlung wird hier sehr stark betrieben, ohne daß für Ordnung gesorgt wird. Das Markenverleih bei der Seilschaft wird in einem Querschlag vorgenommen, der noch zur Hälfte abgeschlagen ist (früher verdeckt). Können denn die Marken nicht am Schachte verlesen werden? Doch halt! Am Klype der zweiten Sohle hängt ein Aufhänger: "Hier in diesem Füllort dürfen keine Materialien gelagert werden. Der Betriebsleiter." Das Füllort der zweiten Sohle ist aber trotzdem dennoch mit Material und sonstigen Gegenständen angefüllt, daß die Leute manchmal noch über Kohlenwagen kleinstehen müssen, um zum Korb zu gelangen. Wenn man wirklich möchte, mit einem Karre einzukommen, hat man sich doch in der Regel noch verrechnet, da immer noch einige Passagiere kommen, die das Recht haben, vorzugehen. Dies muß entschieden bestraft werden. Ebenso lädt die Behandlung sehr zu wünschen übrig seitens der Steiger; wir wollen sie heute nicht mit Namen nennen, wird es aber nicht besser, dann werden wir jedesfalls tun müssen. Das Strafverfahren steht hier in höchster Blöße. In der Belegschaft besteht die Meinung, daß ein flotter Schreiber genug zu tun habe, um die Strafzettel fertigzustellen. Dann müssen wir auf einen Nebenstand hinzuholen, der fast unglaublich ist. Die sogenannten Probekörper zwecks Wurzeluntersuchung werden so gut wie garnicht gerechnet, dann es werden schon Körper zum Gebrauch verabreicht, die sie unrein waren, daß sie zurückgewiesen wurden. Wie soll da eine genaue Untersuchung möglich sein? Die derzeitige Anlage genügt für diesen Zweck überhaupt nicht, da es schon vorgekommen ist, daß bis acht Mann Probe von einem einzelnen abgegeben haben. Hier muß Niedrigkeit geschaffen werden. Ferner möchten wir die Verwaltung aufmerksam machen, für die Fahreräder der Arbeiter einen genügenden Raum zu schaffen, damit dieselben nicht in der Waschstube von unbefreiten Leuten beschädigt werden. Die Höhe sind ganz miserabel. Am letzten Vorntag sind hier gezahlt worden auf 22½ Schichten 92,97 Mt., auf 28 Schichten 87,72 Mt., auf 18½ Schichten 78,35 Mt. usw. Wie sollen Familienmutter mit solchen Hungerlöchern auskommen?

Zeche Hamburg. Vor etwa drei Jahren wurde hier einer ganzen Anzahl unserer tüchtigsten Kameraden die Arbeit gestoppt. Damit glaubte man jedenfalls jede Krise unmittelbar gemacht zu haben. Doch wird mit einer solchen Bosheitspolitik immer nur das Gegenteil erreicht, so auch hier. Haferlöhne werden hier gezahlt von 8—8½ Mt. Am übelsten sind die Arbeiter auf der zweiten Sohle daran. Die Dampfmaschine kostet dort eine Höhe von 30—40 Grad. Es ist jedenfalls ein schreiendes Unrecht, daß die Werderkreis, Anschläger, Pumpenwärter usw. bei dieser hohen Temperatur noch 8½ Stunden arbeiten müssen. Die Arbeiter sind in der Regel nur mit Hand und Schultern bekleidet, trotzdem ziehen einige Männer noch, daß sei gut für Gicht und Rheumatismus. Menschen und Tiere werden bei dieser Temperatur schlapp und sollte daher dabei gesorgt werden.

Zeche Klype. Die Brauereien laufen hier schlecht oder gar nicht. Auch läuft die Reinlichkeit in der Waschstube zu wünschen übrig. Sonntags wird die Waschstube rovidiert und diejenigen Leute aufgezögert, die eine Grubensack, Holzschuhe, Hat oder dergl. hohen hängen lassen. Am anderen Tag prangen dieselben mit 50 Pf. am schwarzen Brett. Ob nun die Kame regelwidrig geziert und die Brauerei nachgesehen werden, bleibt abzusehen.

Zeche Klype. (Schacht I). Wie die Grubenherren gegenwärtig mit den Kumpels umspringen, davon gibt folgende Bekanntmachung Zeugnis:

"In letzter Zeit werden in den einzelnen Revieren die Wagen sehr schlecht vollgeladen und außerdem sind die Kohlen so unrein, daß man sie auf die Bergarbeiter stürzen muß.

Ich mache deshalb hiermit nochmals alle Hauer, Lehrhauer und Bedingschlepper besonders darauf aufmerksam, die Wagen richtig vollzuladen, sowie reine Kohlen zu schicken; wenn solches trotzdem nicht geschieht, so werden die betreffenden Leute nicht mehr bestraft, sondern ohngefähr entlassen.

Die Beamten sind streng angewiesen, auf obige Anordnung zu achten und jede Übertretung zur Anzeige zu bringen.

Schacht I, den 17. März 1909. Jacob, Betriebsführer."

Die Arbeiter sollen und müssen also absolut keine Kohlen liefern, im anderen Falle werden sie entlassen. Da wird nicht gefragt, ob die Gedinge auch angemessen sind, auf auf die Gebirgs- und Flözverhältnisse wird nicht die geringste Rücksicht genommen. Es heißt einfach: Vogel freß oder stirb, wer sich nicht stift, stirbt. Und doch ist es den Arbeitern vielfach bei den schlechten Gedingen, Gebirgs- und Flözverhältnissen völlig unmöglich, keine Kohlen zu liefern.

Zeche König Ludwig, Schacht I und II. Die Antreiberei herrscht hier sehr stark, dagegen sind an den Vorbotigen Februar und März die miserabilsten Löhne ausgezahlt worden. Wie manche Kameraden müssen ohne Geld nach Hause gehen; die wenigen Mark, die sie glaubten in Tropfeng nehm zu können, hatte die Steuerbehörde mit Beidtag belegt, welches eine grobe Schüttung unter den betreffenden Kameraden hervorrief. Sind doch Haferlöhne von 4,90, 4,80 und noch weniger ausgezahlt worden, wobei die Kameraden noch die höhern Vermehrungen über sich ergehen lassen müssen: Liefern noch mehr Kohlen, dann verdient ihr auch mehr. Was man hier alles verlangt, ist an folgendem zu sehen. Das Nachschieben des Redevolles, Verbauen in der Strecke, Steinkippen, sogar die Wasserableitung einzubauen, soll alles umsonst gemacht werden. Das gehört allen zum Gedinge, erklären höhner die Beamten. Den Gesteinsbauern liefert man nicht leere Wagen genug, so daß es öfters vorkommt, daß ganze Drittel eine halbe Schicht und noch länger auf leere Wagen warten müssen. Dies wird aber bei der Gedingeabnahme nicht berücksichtigt, da heißt es, was ihr verdient bekommt ihr auch ausgezahlt. Wir ersuchen hiermit die Verwaltung, diese Missstände zu beseitigen. Vor allen den Arbeitern einen Lohn zu gewähren, wonit sie ein menschenwürdiges Dasein feiern können.

Zeche Langenbräun. Das Gedingereduzieren nimmt hier kein Ende. Trotzdem dasselbe schon wiederholt gefordert wurde, hat man wiederum am 15. o. M. bis zu 15 Proz. abgezogen. In engen Betriebsspitzen standen früher 7,50 Mt. Metergeld und 1 Mt. für den Wagen Kohlen. Jetzt stehen dort nur noch 5 Mt. Metergeld und 70 Pf. für den Wagen Kohlen. Im Pfleider, wo früher 1 Mt. für den Wagen Kohlen standen, gibt es jetzt nur noch 55 Pf. Das Gedinge ist damit schon längst wieder auf den Stand von 1905 heruntergedrückt. Ob die Hertzen die Bergarbeiter wirklich zu einem Streik treiben wollen? Am 17. März gab der Anschläger Strenger das Signal an, als auf der unteren Stufe gerade noch ein Arbeiter den Korb bestieg. Hier wäre mehr Aufmerksamkeit am Platze. Die Belegschaft ist der Meinung, daß sich Strenger sehr wenig zu einem solchen verantwortungsvollen Posten eignet. Allerdings ist Strenger mit 3 Mt. wegen seiner Unaufmerksamkeit bestraft worden, aber damit ist nichts gerichtet. Am 20. März wurde eine Feierschicht eingelegt, angeblich wegen Mangel an Absatz. Die Zettei sorgt, wie man sieht, durch Feierschichten und Kohlenreduzierungen in der weitgehenden Weise dafür, daß die Kumpels nicht zu lipzig werden.

Zeche Luisa Tiefbau. Durch die Unpünktlichkeit bei der Seilschaft wird hier den Arbeitern die Schichtzeit in ungeüblicher Weise verlängert. Morgens beginnt die Seilschaft 5½, schon 5¼ Uhr. Bestraft wird auch für jede Kleinigkeit. So wurde am 28. März bestraft, zwölf Mann mit je 3 Mt., elf Mann mit je 5 Mt. und drei Mann mit je 2,50 Mt. Welch horrende Löhne hier bezahlt werden, zeigt ein uns vorliegendes Lohnbuch. Demnach erhält ein Hauer nach Abzug der Gefälle usw. ausgezahlt, im Januar auf 15 Schichten 43,10 oder pro Schicht 2,87 Mt., im Februar auf 22 Schichten 80 Mt. oder pro Schicht 3,64 Mt. Wie mit solchen Hungerlöchern ein Arbeiter auskommen soll, darüber machen sich die älteren Kameraden keine Kopfschmerzen.

Zeche Prosper, Schacht I. Am 23. März verunglückte hier der Hauer P. durch herabfallende Gesteinsmassen tödlich. In diesem Steiner berichtete vielfach Holzknappel. Am 24. März kam ein Arbeiter im Senkschacht unter den Korb und wurde völlig zerdrückt. Am gleichen Tage starb ein Arbeiter mit dem vollen Kohlenwagen in den Brennschacht und wurde lebensgefährlich verletzt. Das sind drei Opfer in zwei Tagen. Drei davon waren verheiratet und hinterlassen Frau und vier resp. fünf Kinder.

Oberbergamtbezirk Bonn.

Saare und Moselgruben (Stimmesgechen). Bekanntlich streiken hier auf Schacht V (Merkelbach) die Arbeiter im November v. J. wegen Unfallsgefahr. Im Januar d. J. wurde der Director Vogelsang bemängelt, weil er das ihm gestellte Soll nicht fördern konnte. Nach dem Streik wurden 150 Mann auf Straßenpflaster geworfen, darunter allein 130 Bergungsmitglieder. Dadurch wollte man die Arbeiter zur Stichholzbrüche zwingen, den Geist der "Unzufriedenheit" bauen, um dann Schädigung ungestoppt ins Treck zu bringen. Die Bosheitspolitik hatte allerdings nur den Erfolg, daß unser Verband bisher 252 Mitglieder gewonnen hat. Trotzdem wird diese Bosheitspolitik weiter getrieben. So wurde der von der Belegschaft gewählte Delegierte zum Bergarbeiterkongress nach Berlin noch seiner Rückkehr von dort entlassen. Außerdem hat man dem Vertretermann unseres Verbands auf Schacht VI in Spittel am 15. o. M. gefündigt. Auf Schacht V wurde am gleichen Tage zehn Mann gefündigt. So fördert der Gedanke gewaltige Stimme die Unzufriedenheit und das gute Einvernehmen zwischen Kapital und Arbeit. Die Belegschaft auf diesen Schächten läßt, wie auf den Stimmesgechen überhaupt, alles zu münzen übrig. Schon der Name Stimme bedeutet ja für die Bergarbeiter ein böses Dinen. Die Folge ist, daß sich die Unfälle häufen. Am 18. Februar verunglückte ein Mann tödlich, einer wurde schwer verletzt. Am 18. Februar erlitt wieder ein Mann tödlich und am 18. ein Mann schwere Verletzungen. Am Januar ereignen sich drei tödliche Unfälle. Auf Schacht II verunglückten im Januar und Februar drei Mann tödlich. Es haben sich also auf zwei Schächten in einem Zeitraum von nicht einmal zwei Monaten zehn tödliche Unfälle ereignet, während zwei Männer schwer verletzt wurden. Das sind die Folgen des Antreiberei- und Sparsystems, das auf keinen Beinen schlimmer angewandt wird, wie auf den Stimmesgechen. Wieder wird Holzknappel gefordert. Allerdings Holz kostet Geld! Verluste treten für jede Kleinigkeit ein. Besonders auf Schacht V kommen fast täglich 20 bis 30 Mann mit Strafen von je 2 bis 3 Mt. aus schwerer Breit. In der Unterhaltungskasse muß daher ein hübscher Rahmen Geld sein, aber eine Abrechnung wird nicht gegeben. Was braucht denn auch die einfältigen Arbeiter zu wissen, was mit dem Strafzettel geschieht? Durch die Unzufriedenheit bei der Seilschaft wird den Arbeitern fortgelegt ihre Schichtzeit in ungestoppter Weise verlängert. Auch läßt sie bessere Ordnung bei der Seilschaft gefordert werden.

Süddeutschland und Reichslande.

Aus dem oberbayerischen Bergwerksrevier. Vor einigen Wochen wiesen wir schon auf verschiedene Missstände in den Gruben Hausham und Wiesbach hin, die berechtigte Sorge heraufgerufen. Bis heute ist es aber verschiedensten Herren nicht eingefallen, Namens zu schaffen. Der nach Wiesbach beorderte Vorsteiger G. schreibt Generalvollmacht über lebendes und totes Inventar zu haben; das lebende wird bestraft, leblos entlohnt, verhöhnt und beleidigt, um Sanktionen zu fordern. Besonders auf Schacht V kommen fast täglich 20 bis 30 Mann mit Strafen von je 2 bis 3 Mt. aus schwerer Breit. In der Unterhaltungskasse muß daher ein hübscher Rahmen Geld sein, aber eine Abrechnung wird nicht gegeben. Was braucht denn auch die einfältigen Arbeiter zu wissen, was mit dem Strafzettel geschieht? Durch die Unzufriedenheit bei der Seilschaft wird den Arbeitern fortgelegt ihre Schichtzeit in ungestoppter Weise verlängert. Auch läßt sie bessere Ordnung bei der Seilschaft gefordert werden.

Wus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Unternehmerterrorismus.

Die Unternehmer und ihre beförderten Preßhulsi heimseln fortgesetzt über den angeblichen Terrorismus der organisierten Arbeiter. Daß die Unternehmer sich selbst aber keines Mittels schämt, im Kampfe gegen die organisierten Arbeiter, beweist folgendes Schreiben eines Wirtes an unsern Vertretermann in Tiefenort (Hessen):

zu verschaffen. Zum Widerstand, Vergnügen abhalten, gibt's Votum gern; der Arbeiter ist in diesen Fällen gern geschenkt, aber wenn es gilt, die Interessen des Arbeiters zu beschreiten, ist kein Platz für uns vorhanden. In dieser Missachtung tritt über nur die Lautigkeit der Mitglieder die Schuld. Es finden jeden Monat Wahlstellenversammlungen statt, doch der Besuch läßt alles zu wünschen übrig. Unter dem Widerstand wird über schlechtes Gedinge, die Behandlung seitens der Beamten usw. kritisiert, findet aber eine Mitgliederversammlung statt, da schweigen alle Sitten. Das ist jedenfalls für die Betroffenen ein beschämendes Zeugnis.

Süddeutschland und Reichslande.

Der „Lothringen“ und der „Vergknappen“.

In Nr. 11 des „Vergknappen“ regt sich ein echter „Christ“ wieder einmal unzufrieden darüber, daß der „Lothringen“ für die Sozialdemokratie sprechen habe soll. Wir haben die betreffende Nummer des „Lothringen“ gelesen und daran ersehen, daß von einer Hilfe für die ††† Sozialdemokratie absolut keine Rede sein kann. Nein, sondern nur das „christlich“ und „göttlich“ ehr „christlich“ geschriebene Flugblatt des Herrn Hirsch, „christlicher“ Generalsekretär, in es, welches dort unter besondere Bedeutung gestellt wird. Dass dies natürlich den Frauen im Lande nicht paßt, ist begreiflich, doch können sie ja Herrn Hofmann bedrängen, welcher mit im Vorstand der Überländer sitzt, daß sich die Herren „Christen“ eine kleine Artikulation ihrer Blätter für die Zukunft vornehmen. So nebenbei gibt der wahrscheinlichste „Christ“ den Mitgliedern noch allerhand 2-300 Mitglieder in Lothringen. Vielleicht rechnet er von sich auf andere, denn bevor er solche Blätter schrieb, hätte er sich erst die Abrechnungen aus Lothringen ansehen können. Doch was geben die „Christen“ auf Abrechnungen, so etwas lesen sie gar nicht; wir glauben, noch nicht einmal ihre eigenen, sonst würde es ihr Vorstand nicht wagen, eine solche Jahresabrechnung in die Welt zu bringen, wie sie der „Vergknappen“ in seiner Nr. 11 brachte. Weil 1899 den nach Lothringen gewanderten Verbund zugrunde rückte, wollen wir den „christlichen“ Anschlüssen vertrauen. Es war die Verantwortliche A. Brink im Übrigen mit der Weisheit und dem Unternehmertum. Den Namen Unternehmerfreunde haben sich die Herren „Christen“ dannals voll erworben und sie haben es wahrlich nicht verdient, daß der „Lothringen“ jetzt gegen sie loszieht, denn treure Freunde kann er ja gar nicht finden, als die führt der „christlichen“ Gewerkschaftsverbands. Das haben die Herren 1899 bewiesen. Doch mit Geduld, sie werden sich schon wieder zusammenfinden, um gemeinsam den alten Verbund zu beläufen, doch aus Überfluss werden sie ihn, auch wenn sie gemeinsam vorgehen, nicht mehr hinausbringen, denn dazu haben die „Christen“ bei dem Streit in Göggingen, im Ortenau und Gengenbach, in Spitzel und Mettenbach wirklich „gewollt“ schon gelestet.

Wiesbach. Ende April oder Anfang Mai 1908 richtete unser Bezirksleiter Franz Straßer aus Anlaß der Knappistaatswahlen ein Fiktular an unsere Beitragsleute, worin er das Verhalten der „Christlichen“ in scharfen Worten kennzeichnete. Darüber fühlte sich der christliche Bezirksteuerer August Funke, Würzburg, beleidigt und echaud gegen Straßer Privatlage mit Straßentrag, was dieser mit einer Widerklage beantwortete, weil Funke bei einer aus Anlaß des vorgenannten Fiktulars in Penzberg stattgefundenen Protestversammlung der christlich organisierten Arbeiter den Straßer als einen „Ligner“ und „Verleumender“ bezeichnete. Die Sache kam am 11. März vor dem Schöffengericht in Wiesbach zur Verhandlung. Der Privatkläger war mit Rechtsanwalt Kumpf (Würzburg), der Angeklagte Straßer mit Rechtsanwalt Dr. Bernheim (Würzburg) erschienen. Dr. Bernheim erhob weitere Widerklage, weil Funke das Fiktular als „Schmierstück“ und „einen schuftigen Streich des Straßer“ bezeichnet habe, seiner habe er in der zu Hausham abgehaltenen Protestversammlung gesagt: „Die Anstichsdigungen sind erstaunlich und erlogen. Straßer hat nicht den Mut zu erwidern. Ich erkläre ihn für wahrhaftig, nur aus sonntäglichem Haß hat Straßer diesen schuftigen Streich gemacht.“ Die Widerklage wurde vom Gerichte zugelassen. Dr. Bernheim riet vor Eintreten in die Beweiseherhebung einen Vergleich an, was jedoch an dem Widerspruch des Privatklägers scheiterte. Straßer gab zu, daß Fiktular verfaßt und verichtet zu haben, jedoch nur die die Beitragszähler und Knappistaatswähler, er wollte nicht, daß es in die breite Öffentlichkeit komme. Funke bestreit sämtliche Laien zur Post gelegten beleidigenden Neuherungen, da er sich genau erinnert könne, was er alles gefaßt habe, er sei sehr vorsichtig gewesen, da er erst vor kurzem in einem Beleidigungsprozeß mit dem Landtagsabgeordneten Auer verwickelt gewesen sei, er habe in keiner Versammlung und auch sonst nie die SS b (Abstimmung mit 80%) und 13 (Aurechnung von 5 Jahren bei Vergrößen) bekämpft, er und die christlich Organisierten hätten sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß diese SS aufrecht erhalten werden müssen. In diesem Sinne äußerten sich auch als Zeugen verurteilten Vorstände der Wahlstellen Wiesbach, Penzberg und Hausham für christlich Organisierte. Diese waren auch in den von Funke abgehaltenen Protestversammlungen zugegen, haben aber von den befehligenen Ausschüssen nichts gehört, wenigstens nicht in dem vom Angeklagten vorgetragenen Sinne. Da der freien Gewerkschaft angehörigen Vergleute Franz Weger und Georg Schön in Hausham, die in der bewussten Versammlung zugegen waren und mit stenographierten, können die meisten der Widerklage zu Grunde gelegten beleidigenden Neuherungen beurkunden. Nach längeren Verhandlungen wurde folgender Vergleich abgeschlossen: 1. Der Angeklagte Straßer erklärt, daß er auf Grund der heutigen Beweiseherhebung die Überzeugung erlangt habe, daß weder der Privatkläger Funke noch der Gewerkschaftsverein christlicher Vergarbeiter Deutschlands gegen den Bestand der SS b und 13 der Sitzungen des Wiesbacher Knappistaatsvereins angekämpft haben. 2. Die beiderseitigen als Beleidigungen empfundenen Neuherungen werden zurückgenommen. 3. Jeder Teil trägt seine Anwaltkosten, sowie die Hälfte der Gerichtskosten, mit Ausnahme der Auslagen für die sämtlichen Zeugen, welche der Angeklagte übernahm. 4. Der Angeklagte übernahm es, den Vergleich in der in Wiesbach erscheinenden „Deutschen Vergarbeiter-Zeitung“ und der Privatkläger in dem in Essen erscheinenden „Vergknappen“ innerhalb eines Monats einzufügen. 5. Privat- und Widerklage nebst Straßentrag werden zurückgezogen. — Mit Vorbehalt könnte die Sache eigentlich erledigt sein, über den Bericht im letzten „Vergknappen“ zwang uns, noch etwas näher auf die Sache einzugehen. Schon Wochen vorher freuten sich die Haushamer Christen auf den Gerichtstag, den Kammerad Straßer erleiden sollte und gelobten, sich in diesem Falle eine Waffe zu leisten. Einer von ihnen buntete in der Grube in seinem Siegestrom sogar soviel Verge in die Höhlen, daß er dafür über Tag gestellt wurde. Aber es kam anders. Zuerst war man lange auf der Suche, um jemand zu finden, der Klage erheben sollte und der damals noch christlich organisierte Bergmann A. von Wiesbach wurde endlich mit dieser Aufgabe betraut. Doch der hatte die Pflicht bald voll, hatte er doch nicht einmal für seine Fahrt, am 17. Mai, an dem Tage, wo er als Vertreter der Christlichen gegen Straßer auftreten sollte, einen Pfennig Fahr- oder Gehgeld erhalten, obwohl er nur eine bescheidene Entschädigung verlangte. Nur mußte ja Funke eintreten. Am 11. März stand die Verhandlung vor dem Amtsgerichte in Wiesbach statt, die einen interessanten Verlauf nahm und mit einem Vergleich endigte. Nun schreibt der „Vergknappen“, daß nicht ein Schatten eines Beweises von den Behauptungen Straßers erwiesen worden sei, sondern alles Träume, Vermutungen und sogar abschreckliche Unwahrheiten gemessen seien. Lassen wir darum Tatsachen reden. Zu der Verhandlung trat als erster Zeuge Direktor Engel auf, der die Behauptungen Straßers völlig bestätigte. Er gab zu, daß zwei „Christliche“, einer von Hausham, einer von Wiesbach bei ihm gewesen seien, und um Hilfe bei den Knappistaatswahlen gebeten hätten. Das kann übrigens nicht überreden, denn bei der verlorenen Arbeiterauswahlshahl gingen die Wiesbacher Christen sogar zu Straße beiteln! Dazu kam die wunderlich merkwürdige Gedächtnisschwäche bei Bauer und Sigl, obwohl der letztere Mitte Mai vorigen Jahres einen Artikel im „Wiesbacher Anzeiger“ verbrach, worin er betonte, daß es kein Nutzen sei, wenn die Vergleute ihre Pensionsbeiträge herausgezahlt bekommen. Sie sagten unter Eid, daß sie nie, weder in Versammlungen, noch sonstwo der Abstimmung der 80 Proz. das Wort geredet hätten, gaben aber zu, daß es möglich sei, daß einer oder der andere sich in dem Sinne geäußert hätte. Ihr Wunsch sei ein ganz anderer, für Erhöhung der Pensionsbeiträge seien sie schon längst!!! Funke meinte unter andern, wenn Straßer für seine Taten nicht bestraft würde, so sei seine (Funke's) Stellung erträumt, er würde sein Vertrauen verloren haben; Funke wie der Generaloberst Eßler glaubten in den damaligen Versammlungen in Hausham Schimpfsfreiheit für sich in Anspruch nehmen zu können. Funke sah sich aber bemüßigt, in der Verhandlung selbst einzuleiten und einem Vergleich zuzustimmen. Er schreibt im „Vergknappen“, agitatorische Gründe seien es gewesen, die Straßer veranlaßten, so aufzutreten; o nein! Die amüsante Unverschämtheit der „Christen“ war es, die ihn dazu zwang, verlangten sie doch in Penzberg sechs Mandate, in Hausham das gleiche und in Wiesbach wollten sie auf

zumindest Wege sich die Mandate holen. Dass denn bei solchen Maßnahmen die paar Widerstand Thatsachen den Katholiken Arbeiterverein, die Centrumswähler und alles mobil machen, um an Glanzstück zu glänzen, ist eine bekannte Tatsache. Gelungen war, daß die christlichen Beugen nach einem nachhaltigen Maßnahmen, dem die Auszahlung der 80 Prozent Bauchgründen verweicht, und zwar den Oberstleutnant Peter Weidemann von Hausham. Man sieht, die Christen haben sich bei der ganzen Angelegenheit gründlich blamiert, was sie aber nicht abhält, im „Vergknappen“ weiter zu stecken“.

Anträge zur Generalversammlung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung.

Böhlingshausen. Zu Punkt 8 der Tagesordnung ist ein Notreferent zu bestellen.

Zu Punkt 8. Änderung des Statuts.

§ 2.

Bezirkskonferenz Augau, Kaiserau, Niederaden. In Absatz 8 sind in der ersten Zeile die Worte „50 Jahre“ zu ersetzen durch „15 Jahre“.

Homburg. In Absatz 8 sind die Worte „50 Jahre“ zu ersetzen durch „40 Jahre“.

Brakel. In Absatz 8 sind die Worte „50 Jahre“ zu ersetzen durch „41 Jahre“.

Nördlingen. Änderung des Statuts.

§ 3.

Völklingen IV. Im Absatz 2 ist einzufügen: „Ausstattung über die Schäßlichkeit des Altholzgenusses“.

§ 4.

Stoppenberg. In Not geratenen Mitgliedern können die Ortsverwaltungen auf deren Antrag die Beitragsschuld bis zur Tauer von 24 Wochen stillen.

Werden. Mitgliedern können auf ihrem Antrag die Beiträge für eine längere Tauer als acht Wochen gestundet werden, wenn sie entweder selbst eine längere Krankheit durchgemacht, oder Krankheitsfälle in der Familie haben.

Neu-Salzbrunn. In Absatz 6 sind die Worte „zwei Monate“ zu ersetzen durch „12 Wochen“.

Charlottenburg. Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen länger als drei Monate im Rückstand verbleiben, können gestrichen werden.

Mühlrodt-Kaue. Ausgeschlossene können ihre Wiederaufnahme jederzeit beim Vorstand beantragen, wenn neue Tatsachen angestiftet werden können, die, wenn sie vor der ersten Einschätzung bekannt gewesen wären, eine andere Einschätzung herbeigesetzt hätten.

Überwöhren. Der zweite Absatz ist zu streichen.

Lützen. In § 4e der Vorstandsvorlage ist hinter dem Wort „Vorstand“ einzufügen: „Im Einverständnis mit den betreffenden Bahnhöfen“.

§ 6.

Gefenshwick, Homberg, Melndorf. Das Eintrittsgehalt beträgt 1 Mark.

Holten. Das Eintrittsgehalt beträgt 8 M.

Holthausen-Börting. Es wird ein freiwilliger Eintrittsgehalt von 20 M. eingeführt. Diejenigen, welche bei ihrem Eintritt dieses Eintrittsgehalts erreichten, erwerben damit die statutarischen Rechte der älteren Mitglieder.

Charlottenhof. Wenn ehemalige Mitglieder des Verbandes zu niedrigen Wahlen in den Verband eintraten, erhöht sich beim jedesmaligen Eintritt das Eintrittsgehalt um 50 Pf.

Gladbeck II. Tritt ein Mitglied unseres Verbandes zu einer anderen bergmännischen Organisation über und später zu uns wieder zurück, so wird ihm nur die Zeit als Mitgliedschaft angerechnet, die es in der anderen Organisation zugebracht hat.

Schönebeck. Aus anderen Organisationen zu uns übergetretenen darf erst dann eine Überweisungskarte nach Altersstufen ausgestellt werden, wenn sie mindestens 20 Wochenbeiträge bei uns geleistet haben.

Erlenswitz. Den § 6 der Vorstandsvorlage ist hinter dem Wort „Generalkommission“ einzufügen: „Sowie aus ausländischen Organisationen“.

Overhausen I, Trebnitz, Mühlhausen, Netzen, Bezirksskonferenz Overhausen, Börtingen, Hiltrop-Werthe, Bergedorf. Eine Staffelung der Beiträge ist nicht einzuführen.

Höntrop, Bochum II. Die in der Vorstandsvorlage vorgeschlagene Beitragssättigung ist einzuführen.

Werden. Die Beitragssättigung ist einzuführen, dagegen sollen die Unterstützungsätze in allen Stufen gleich sein.

Wittenberghausen, Eving I, Overhausen II, Unna, Bielefeld, Melle. Rücksicht auf die gegenwärtige Konjunktur ist von einer unerreichbaren Regelung der Beiträge abzusehen.

Oberaden, Niederaden, Hahlinghausen, Kallenhard, Kirchhöde, Brakel, Kreuztal, Lüdenscheid, Engelskirchen, Massenherde, Bottrop II, Lüdenscheid, Langenfeld II, Schwelm, Moers, Hochstrahl I und II, Westenfeld, Höntrop. Der Beitrag soll auf 40 Pf. pro Woche bestehen bleiben.

Eisenhüttenstadt - West (Höntrop). Die Beitragsförderung ist nicht einzuführen.

Geseke. Die Beitragsförderung ist nicht einzuführen.

Wittenberghausen, Eving. Die Beitragssättigung ist einzuführen.

Wittenberghausen, Eving.</b

Pommelte. Die Höchstdauer der Gemahregeltenunterstützung beträgt 18 Wochen.

Gengen. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt pro Tag bei einer Mitgliedsdauer von 26 Wochen 0,50 Mt.

Erkenschwick. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt pro Tag bei einer Mitgliedsdauer von 52 Wochen 1,00 Mt.

" 150 " 1,25 "

" 200 " 1,50 "

" 250 " 2,00 "

Stedten. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt pro Tag bei einer Mitgliedsdauer von 52 Wochen 1,50 Mt.

" 150 " 1,75 "

" 200 " 2,00 "

Sabtheim. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt pro Tag bei einer Mitgliedsdauer

Klasse a Klasse b

von 52 Wochen 1,00 Mt. 1,25 Mt.

" 150 " 1,20 " 1,50 "

" 200 " 1,40 " 1,75 "

" 250 " 1,00 " 2,00 "

Pommelte. Die Arbeitslosenunterstützung wird vom dritten Tage der Erwerbslosigkeit ab gezahlt und zwar innerhalb 52 auf einander folgender Wochen bis zur Dauer von 18 Wochen.

Die Unterstützung beträgt pro Tag bei einer Mitgliedsdauer

Klasse a Klasse b Klasse c

von 1 Jahr 0,00 Mt. 1,20 Mt. 1,50 Mt.

" 8 Jahren 1,00 " 1,40 " 1,75 "

" 120 " 1,60 " 2,00 "

Bezirk Wehlau, Stadtkurt, Neudorf (O.-Schl.), Schwarzwald. Die Arbeitslosenunterstützung wird vom Beginn der zweiten Woche nach Eintritt der Arbeitslosigkeit gezahlt.

Bezirkskonferenz Senftenberg, Borna. Die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung beginnt nach dreitägiger Erwerbslosigkeit.

Holthausen-Börnig. Die Arbeitslosenunterstützung wird in der vollen Höhe der Gemahregeltenunterstützung gezahlt.

Mülzen-St. Jakob. Im Absatz 2 werden die Worte „52 Wochenbeiträge“ erweitert durch „26 Wochenbeiträge“.

Stockum. Bei der Bestimmung „durch grobe Vernachlässigung“ ist auszuprägen, was als solche zu betrachten ist.

§ 21. **Eissen-West (Großhaußen), Brackel, Grillendorf, Unna, Sömber, Rammen III, Doppel I, Massenerheide, Altenbögge.** Die Notunterstützung ist abzuschaffen.

Erkenschwick. Die Notunterstützung bleibt in der bisherigen Weise bestehen.

Zabrze II und -Dorf, Paulsdorf, Kunzendorf, Bielschowitz, Gelsenkirchen IV, Stoppenberg, Geisen, Neindorf, Gauvinitz, Bezirkskonferenz Döhlen, Zeitz, Bezirk Wehlau, Charlottenhof, Stadtkurt, Vielau, Ruhrort-Paar. Die Notunterstützung wird vom Beginn der zweiten Krankheitswoche ab gezahlt.

Bezirk Zabrze, Zabrze B, Sodingen, Herbede. Die Notunterstützung ist vom dritten Krankheitstage ab zu zahlen.

Bezirk Niederschlesien, Görlitzberg. Notunterstützung wird bis Ende des zweiten Beitragstages von der dritten und von da ab vom Beginn der zweiten Krankheitswoche ab gezahlt.

Gansdorf. Notunterstützung wird bei eigner Mitgliedsdauer bis zu zwei Jahren von der dritten, von da ab bis zu Ende des fünften Beitragstages von der zweiten Krankheitswoche und bei längerer Mitgliedschaft vom fünften Tage der Krankheitstage ab gezahlt.

Giebel. Bei einer länger als 10 Tage dauernden Krankheit wird die Notunterstützung vom ersten Krankheitstage ab gezahlt.

Calbe a. S., Stern. Notunterstützung wird von der ersten Krankheitswoche ab gezahlt, aber nur bis zur Dauer von zwölf Wochen.

Binder b. Hannover, Mülzen-St. Jakob. Krankenunterstützung wird bei länger als 14 Tage dauernder Krankheit vom ersten Krankheitstage an gezahlt.

Gerten, Höntrop, Klostermansfeld, Bezirkskonferenz Gelsenkirchen. Die Notunterstützung wird auch für Sonn- und Feiertage gezahlt.

Bochum VIII. Die Worte „Kann an solche Mitglieder gezahlt werden“ sind zu erweitern durch „in irgendeiner Art und Weise“. Mitgliedschaft gezahlt.

Weinsdorf. Krankenunterstützung wird nach 26 wöchentlicher Mitgliedschaft gezahlt.

Bornich, Calbe a. S., Zeitz, Thalheim. Die Notunterstützung beträgt pro Woche 6 Mt.

Sabtheim. Die Notunterstützung beträgt bei einer mehr als 14 Tage dauernden Krankheit vom Beginn der dritten Krankheitswoche ab

Klasse a Klasse b

pro Woche 3,- Mt. 3,60 Mt.

" Tag 0,50 " 0,60 "

Ruhrort-Paar. Die Notunterstützung beträgt

bei einer Mitgliedsdauer in Klasse a pro Tag pro Woche pro Tag pro Woche

von 1 Jahr 0,40 2,40 0,50 3,-

" 2 Jahren 0,50 3,- 0,70 4,20

" 3 " 0,60 3,60 0,90 5,40

" 4 " 0,70 4,20 1,10 6,60

" 5 " 0,80 4,80 1,30 7,80

Hochsarmark. Die Notunterstützung beträgt

Klasse a Klasse b Klasse c

pro Woche 2,80 Mt. 3,50 Mt. 4,20 Mt.

pro Tag 0,40 " 0,50 " 0,60 "

Pommelte. Notunterstützung wird vom vierten Krankheitstage bis

zur Dauer von 12 Wochen in folgender Höhe gezahlt

Klasse a Klasse b Klasse c

pro Woche 3,60 Mt. 4,20 Mt. 4,80 Mt.

pro Tag 0,80 " 0,70 " 0,80 "

Berndorf. Die Notunterstützung beträgt pro Woche in Klasse a

1,80 Mt., Klasse b 2,40 Mt., Klasse c 3 Mt., Klasse d 3,60 Mt.

Altenbögge. Die Notunterstützung beträgt pro Tag bei einer

Mitgliedsdauer von 1 Jahr 0,40 Mt.

" 2 Jahren 0,50 "

" 3 " 0,60 "

Bernburg. Die Krankenunterstützung beträgt wöchentlich 4,50 Mt.

(bei 40 Pf. Beitrag) und ist bis zur Dauer von 12 Wochen zu zahlen.

Das Krankengeld beträgt pro Tag 1 Mt., einschließlich Sonn- und Feiertage, und ist vom Beginn der zweiten Krankheitswoche zu zahlen.

Zeug III. Die Höhe der zu zahlenden Unterstützung richtet sich nach der Höhe der geleisteten Beiträge. Wer die volle statutarische Unterstützung bezogen hat, darf erst wieder mindestens 1 Jahr seinen Beitrag gezahlt haben, ehe er wieder Anspruch auf Unterstützung erheben kann.

Mitglieder, welche einen Unfall erleiden bevor sie ein Jahr

Mitglied des Verbandes sind, können eine Unterstützung in Höhe

der von ihnen geleisteten Beiträge zu erhalten.

Bezirkskonferenz Gelsenkirchen. Mitglieder, welche während eines Kalenderjahrs mehrere Krankheitstage von jedesmal weniger

als 14 Tagen durchgemacht haben, erhalten diese Krankheitstage zusammen gerechnet und nach Abzug der vierzehntägigen Kurzzeit

für die verbleibenden Krankheitstage eine Unterstützung.

Höntrop. Mitgliedern, welche innerhalb eines Kalenderjahrs mehrere Male kranken, wird nur eine Kurzzeit angerechnet; jedoch wird innerhalb eines Kalenderjahrs nur insgesamt für

24 Wochen Notunterstützung gezahlt.

Göde. Dem § 21 ist folgendes anzufügen: „Mitglieder, welche

die volle Notunterstützung bezogen haben, liefern für die ferne

Dauer der Arbeitslosigkeit Zusatzbeiträge. Rechnen sie später

die Arbeit wieder auf, so haben sie von dem Zeitpunkte an den vollen Beitrag zu zahlen und treten damit auch in ihre früheren Rechte wieder ein.“

Hönschede. Einzelnen, welche reaktiviert werden, müssen erst wieder 26 Wochen vollen Beitrag zahlen, ehe sie Anspruch auf Notunterstützung haben.

Gronau. Während der Krankheitzeit sind die Mitglieder von der Beitragspflicht zu befreien.

Schönesse. Die Notunterstützung soll unter keinen Umständen erhöht werden.

Wülfelberg, Kirchhöerde, Wölfe. Erhöhung der Unterstützungen soll in kleinen Stufen eintreten.

Katernberg I und II. Bei sämtlichen Unterstützungsseinrichtungen sind die Stufen unter 15 Jahren zu berücksichtigen.

Holthausen-Börnig. Die Vergütungsberechtigung der Unterstützungen nach § 17 und 21 tritt nach vollendeter Mitgliedsdauer von 26 Wochen ein.

Wesel. Besondere Anträge.

Reinhardtsdorf. Für Mitglieder, welche dem Verbande mindestens 20 Jahre angehört haben, gänzlich erwerbsunfähig sind und keinerlei Rente beziehen, ist eine besondere Unterstützungsseinrichtung zu schaffen.

Glücksheim. Bei gleichzeitiger Krankheit und Arbeitslosigkeit sind beide Unterstützungen zu zahlen.

§ 23.

Bezirkskonferenz Wachen. Das Sterbegeld bleibt in der bisherigen Höhe bestehen.

Klostermansfeld. Das Sterbegeld beträgt 50 Mt. und kann beim Todessall an die Hinterleute solcher Mitglieder gezahlt werden, die dem Verbande mindestens drei Jahre angehört haben.

Philippsburg. Beim Sterbegeld ist keine Staffelung einzuführen.

Erkenschwick. Sterbegeld für die Frauen soll in Wegfall kommen.

Gronau. Das Sterbegeld wird erst nach einjähriger Mitgliedschaft gezahlt.

Waldenburg, Wehlau, Obernwöhren. Bei Einführung der Staffelung beträgt das Sterbegeld bei den bis zum Inkrafttreten des neuen Status aufgenommenen Mitgliedern solange 80 Mt., bis eine Erhöhung derselben nach der Staffel eintreibt.

Wanne. Das Sterbegeld wird beim Tode eines Erwachsenen nach der Klasse gezahlt, in welcher er, während seiner aktiven Mitgliedschaft Beiträge geleistet hat.

Herne. Als Sterbegeld sollen die in der Vorstandsvorlage für Klasse b angeführten Staffeln eingeführt werden.

Wellinghausen. Das Sterbegeld soll nach der Vorstandsvorlage eingeführt werden.

Wellinghausen. Das Sterbegeld wird nach der Vorstandsvorlage Klasse a und b eingeführt.

Gronau. Das Sterbegeld beträgt bei einer Mitgliedsdauer

von ½ Jahr 20 Mt.

" 1 " 80 "

" 2 Jahren 40 "

" 3 " 60 "

" 4 " 70 "

" 5 " 75 "

" 6 " 80 "

" 7 " 85 "

Bochum VIII. Das Sterbegeld beträgt bei einer Mitgliedsdauer von ½ Jahr 80 Mt.

" 1 " 40 "

" 2 Jahren 50 "

" 3 " 60 "

" 4 " 70 "

" 5 " 75 "

" 6 " 80 "

" 7 " 85 "

Hönschede. Das Sterbegeld beträgt bei einer Mitgliedsdauer

von ½ Jahr 80 Mt.

" 1 " 40 "

" 2 Jahren 50 "

" 3 " 60 "

" 4 " 70 "

" 5 " 75 "

" 6 " 80 "

" 7 " 85 "

Gronau. Das Sterbegeld beträgt bei einer Mitgliedsdauer

von ½ Jahr 20 Mt.

" 1 " 80 "

" 2 Jahren 100 "

" 3 " 120 "

Gronau. Das Sterbegeld beträgt bei einer Mitgliedsdauer

von ½ Jahr 20 Mt.

" 1 " 80 "

"Geben Buch zu führen" zu streichen. In § 45 a der Vorstandsvorlage ist der zweite Satz: "Du Gesellschaften dürfen" usw. zu streichen.

Büdelsberg. Die Ausgaben für Agitation usw. sollen wie bisher von der Hauptkasse getragen werden.

Gildesheim. Wo sich die Notwendigkeit herausstellt, können höhere als die festgelegten Kartellbeiträge gezahlt werden.

Godingen. Zahlstellen, welche keinem Kartell angeschlossen sind, erhalten den Kartellbeitrag zur Gründung oder Unterhaltung einer Bibliothek überreichen.

Gerten. Im letzten Absatz ist zu bestimmen, daß auch von einzelnen Mitgliedern Anträge zur Generalversammlung gestellt werden können.

Giebel. Die nächste Generalversammlung soll in Hannover stattfinden.

S 48.

Essen-West (Frohnhausen). Bei den Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung ist mehr Rücksicht auf die kleineren Zahlstellen zu nehmen, um eine Majorisierung derselben durch die größeren zu verhindern.

Gelsen. Die Delegierten zur Generalversammlung sind drei Monate vor dem Wahltag auszuschreiben.

Charlottenhof. Bezirksleiter sind als Delegierte zur Generalversammlung nicht zugelassen.

Bezirkskonferenz Senftenberg, Archshau, Nohlscheld. Die Bezirksleiter haben auch ohne Delegierungsmandat an der Generalversammlung teilzunehmen.

Besondere Anträge.

Mülhausen-Melzen. Sämtliche Wahlen von Delegierten zu Generalversammlungen, Kongressen usw. sollen durch Urabstimmung vorgenommen werden.

Erkenschwick. Die Delegierten zu den internationalen Bergarbeiterkongressen werden nach dem Wahlmodus gewählt, wie die Delegierten zur Generalversammlung.

Altendorf (Ruhr). Die Vorstandsvorlage ist abzulösen.

Verhältnis zu anderen Organisationen.

Godingen. Mit dem "christlichen" Gewerkeverein der Bergarbeiter geht der Verband, außer bei Lohnbewegungen und Streiks, nicht mehr zusammen.

Gelsenkirchen IV. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, die Leistungen der anderen bergmännischen Organisationen zu untersuchen, bei ihren Mitgliedern eine Urabstimmung über die Frage der Verschmelzung der Bergarbeiterorganisationen herbeizuführen.

Halle a. S. Gegen die gespaltene und darum arbeitserschöpfende Tätigkeit des Fabrikarbeiter-, Handels- und Transportarbeiter- sowie des Bauarbeiterverbandes soll der Vorstand energische Schritte unternehmen.

Zum Streikreglement.

S 4.

Trebnitz. Sollte eine Vereinigung wegen Maßregelung von Verbandsmitgliedern in den Ausland, so hat der Verband sofort die Unterstützung zu zahlen.

S 5.

Bezirkskonferenz Senftenberg. Von der Einhaftung der Kündigungsfrist ist bei Bombardieren usw. abzusehen, wenn durch Einhaftung derselben der Kampf erschwert, oder voraussichtlich der Erfolg derselben in Frage gestellt wird. Ob solche Voraussetzungen vorliegen, entscheidet der Vorstand nach Anhörung der Bezirksleitung respektive der Bezirkskonferenz.

S 14.

Höntrop, Bochum II. An Unorganisierte darf keine Streikunterstützung gezahlt werden. Die Streikunterstützung hat jede der beteiligten Organisationen für sich auszuzahlen.

Stelle. Bei Streiks in unserem Berufe dürfen Mitglieder anderer Organisationen von uns nicht unterstützt werden.

S 15.

Südtheen. Die Streikunterstützung beträgt in Klasse a 12 M. und in Klasse b 14 M. pro Woche; für jedes Club unter 14 Jahren wird 1 M. extra gezahlt.

Diers, Hochstr. I u. II, Hochheide, Eisberg. Die Streikunterstützung der 50 Pfg. Jähler beträgt 15 M. pro Woche.

Erkenschwick. Bei der Streikunterstützung sind die Ledigen mit den Verheirateten, außer dem Kindergehalt, gleich zu stellen.

Besondere Anträge.

Bezirkskonferenz Castrop, Bochum II. Vom Beginn bis zur Gründung eines Streiks werden innerhalb des bestreiteten Gebiets keine neuen Mitglieder aufgenommen.

Katernberg I u. II. Bei Streiks sind die Delegierten zu Konferenzen usw. in öffentlichen Versammlungen zu wählen. Streiks können nur durch Urabstimmung der in Frage kommenden Arbeiter aufgehoben werden.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung.

Verwaltung.

Theilen. Die Beitragsmarken sind in kleinerem Format zu beschaffen.

Kreishau, Bezirkskonferenz Senftenberg. Die Beitragsmarken sind jedes Jahr in einer anderen Farbe heranzugeben.

Bezirkskonferenz Beuthen. Die monatlichen Abrechnungen der oberösterreichischen Zahlstellen sind in der "Gazeta Górnica" zu veröffentlichen.

Gerten. Bei der Jahresabrechnung ist in einer besonderen Rubrik anzugeben, wieviel an Unterstützungen in den einzelnen Zahlstellen im Laufe des Jahres gezahlt worden ist.

Mülheim I. Anstelle der jetzigen Formulare 3, 4 und 5 (Meldeformulare) sind Karten einzuführen.

Mülhausen-Melzen. Jedem Zeitungsboten ist auf Kosten des Verbandes eine Zeitungstasche zu liefern.

Weitmar I. Den Ortsverwaltungen wird das nötige Schreibmaterial, Papier, Federn, Bleistifte usw. vom Verbande geliefert.

Gele II. Der Vorstand hat ein Adressenverzeichnis der königlichen Bergrevierbeamten anzufertigen und den Mitgliedern gratis zu verabfolgen.

Niederrönfeld. Es sind Legitimationskarten einzuführen und den Mitgliedern einzuhändigen, damit sie sich stets als organisierte Arbeiter ausweisen können.

Marten. Die Namen und Mitgliedsnummern der Kameraden, die ihre Mitgliedsbücher verloren haben, sind nicht in der Zeitung zu veröffentlichen.

Agitation.

Öberhausen II. Agitations- und Flugschriften sind kurz und bündig zu verfassen. Größere Flugblätter sind gesetzt zu liefern.

Wittendorf. Von Zeit zu Zeit sind Flugblätter in slowenischer Sprache herauszugeben.

Schwelm. Die Agitation mittelt Flugblätter ist möglichst einzuschränken, dahingegen unsere Zeitung zu vergrößern.

Charlottenhof. Der Vorstand hat den Zahlstellen das nötige Material zur Veranstaltung von Vorträgen zu liefern.

Unterrichtskurse.

Gele I und II. Es werden Unterrichtskurse zur besseren Ausbildung der Mitglieder eingerichtet.

Presse.

Bezirkskonferenz Gabitz. Die an die Redaktion eingefandten Korrespondenzen und Manuskripte, welche nicht aufgenommen werden, hat die Redaktion unter Beifügung einer schriftlichen Begründung der Nichtaufnahme an die Empfänger zurückzusenden.

Gelsen. Die Redaktion soll sich bei Polenken gegen gegnerische Organisationen klar fassen.

Marten. Dem "christlichen" Gewerkeverein und dem "Bergknappen" darf nicht soviel Raum in unserer Zeitung gewidmet werden.

Schmidhorst. Die "Bergarbeiter-Zeitung" ist zu vergrößern, um mehr Raum für die Rubrik "Widerstände auf den Gruben" zu schaffen.

Giebel. Die Redaktion soll die Kalindustrie in der "Bergarbeiter-Zeitung" nicht berücksichtigen.

Stadtlu. In unserem Verbandsorgan ist eine Seite für die Kalindustrie zu reservieren.

Bezirkskonferenz Gabitz. Bezirkskonferenz Beuthen.

Redaktion und Expedition der "Gazeta Górnica" sind nach Über-

sicht zu verlegen.

Charlottenhof. Konferenzen, Versammlungen usw. sind in der "Gazeta Górnica" bekannt zu geben. Auch sind Berichte über dieselben darin besser als bisher zu verfaßtlichen.

Overmarsloh, Hamborn I. Für die slowenischen Mitglieder ist eine Zeitung in ihrer Muttersprache zu beschaffen.

Philippstal, Teutschenthal. Interesse dürfen in die "Bergarbeiter-Zeitung" nicht aufgenommen werden. Anderefalls ist eine besondere Zeitschrift einzurichten.

Wieden. Schwedis-Umlungen dürfen in die "Bergarbeiter-Zeitung" nicht aufgenommen werden.

Malteier.

Trebnitz. Werden Mitglieder wegen ihrer Teilnahme an der Mai-Aktion gemahngestellt oder ausgesperrt, so erhalten sie vom Verbande Unterstützung.

Wieden. Auf dem internationalen Bergarbeiterkongreß haben die Delegierten unseres Verbandes Stellung zur Malteierfrage zu nehmen.

Radbod-Sammlung.

Vereits quittiert in Nr. 14 27 758,00 M.

Vom Verband der Vereine selbständiger Holz- und Kohlenhändler von Berlin und Umgegend 638,50 "

Summa: 28 395,40 M.

Paul Horn, Verbandsklassiker.

Wieden. Radbod-Sammlung.

Achtung!

Trebnitz. Werden Mitglieder wegen ihrer Teilnahme an der Mai-Aktion gemahngestellt oder ausgesperrt, so erhalten sie vom Verbande Unterstützung.

Achtung!

Die nächste Nummer unserer Zeitung wird der Osterfeiertage wegen erst am Mittwoch, den 14. April gedruckt und verkauft.

Achtung! Vertrauensleute!

Trebnitz. Den heutigen Zeitungspolen liegt ein rotes Kuvert bei, wie erfunden die Worte, dieses sofort an den Vertrauensmann abzugeben.

Achtung! Vertrauensleute!

Trebnitz. Den Zeitungspolen für diese Woche liegt für die Vertrauensleute der Kreise Bochum, Dortmund, Hamm und Recklinghausen ein Birkular bei, auf dessen Inhalt wir besonders aufmerksam machen.

Trebnitz. Das Mitglied Kugnus ist Wetzlar, Hauptbuchnummer 91080 in Wanne ist wegen Voyottbruchs aus dem Verbande ausgeschlossen.

Berggewerbegerichtsbesitzer.

Trebnitz. Wir ersuchen hiermit sämtliche Berggewerbegerichtsbesitzer des Kreises, die vom Verband gewählt sind, um genaue Angabe ihrer Adressen, da bei der leichten Zustellung eine Anzahl Briefe an uns zurückgekommen sind.

Trebnitz. Wir machen an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam, daß alle Mitglieder, die auf den Arbeitssekretariaten oder Rechtsabteilungen Auskunft resp. Auferlegung von Schriften wünschen, ihre Mitgliedsbücher in Ordnung haben müssen. Es liegt im eigenen Interesse der Mitglieder, ihre Beiträge pünktlich zu zahlen, damit ihnen Unannehmlichkeiten erspart bleiben, besonders bei den jetzt kommenden Steuererklärungen.

Aufforderung.

Trebnitz. Der Kamerad Michel Karpalla (271 030), ansässig in Zahlstelle "Großjäßen", wird aufgefordert, seine Adresse dem Bezirksbureau in Vormittag 21 Uhr, im Lokale des Herrn Wirt Gottfried Rogalla, Bochum, mitzuteilen, damit unser Bezirksleiter Wolf ihm den Betrag von 20,65 Mark, betreffend Kündigungs-Gefälligkeitslage gegen Grube "Graf Moltke" bei Stockheim zustellen kann.

Achtung! Bezirk Bochum.

Trebnitz. Das Wahlergebnis betrifft der Delegierten zur Generalversammlung wird am Montag, den 12. April (zweiter Osterstag), vormittags von 10–12 Uhr, im Lokale des Herrn Wirt Gottfried Rogalla, Bochum, mitzuteilen, damit die Delegierten zu Konferenzen usw. in öffentlichen Versammlungen zu wählen. Streiks können nur durch Urabstimmung der in Frage kommenden Arbeiter aufgehoben werden.

Das Zentralwahlkomitee

3. A.: Aug. Böhler, Bezirksleiter,

Trebnitz. Die Mitgliedsbücher nachstehender Kameraden sind verloren gegangen und werden hiermit für ungültig erklärt. Gültig sind nunmehr nur die ausgestellten Dokumente:

301 565, Gott. Nowak, Rottlaufen; 44 180, Fr. Jantos, Röhrberg; 61 127, Rud. Poschagel, Kannen I; 318 230, Jean Wimmers, Hettensledeheim; 80 158, Karl Piecke, Schmidhorst; 337 744, Johann Witoski, Schmidt; 97 715, Albert Kaminat, Süde; 79 082, Christian Berg, Straß; 60 057, Josef Tuck, Oberstorf; 393 207, Heinr. Evers, Moles-Wennig; 33 786, Heinr. Hüthen, Berg-Weib; 150 167, Aug. Scherer, Dortmund; 333 091, Waldislaus Kneicat, Bottrop II; 110 285, Heinrich Ohle, Alsfeld; 210 506, Wilhelm Hasenau, Dortmund; 321 706, Ludwig Hoffmann; 346 057, Jakob Ulrich, Breitenbach; 347 780, Paul Wiederkehr, Grevel; 105 061, Bruno Ludwig, Ramsdorf; 346 753, Johann Wigand; 337 086, Stanislaus Lauta, Bantau; 318 274, August Gohmann, Bittermark; 340 840, Ludwigs Bochow; 347 740, Hermann Schröder, Herren; 327 507, Johann Kruppa, Riesse; 342 137, Richard Süvert, Recklinghausen; 338 982, Herm. Böhlke, Recklinghausen; 93 041, Dominikus Altmüller, Kraan; 111 752, Hermann Kretschmar, Großjäßen; 335 450, Johann Dudo, Bantau; 238 419, Josef Kramajit, Gladbeck I; 339 297, Peter Küpper, Holzwiede; 345 236, Wilh. Vogtmann, Süderwick; 241 290, Hermann Stückenbich; 264 471, Herm. Bremer, Neudorf; 305 946, August Böckeler, Brüder; 346 005, Aug. Geschel, Mengede; 118 774, Chr. Christoff, Arches, Brahmabauer; 218 806, Ludwig Wagner, Gladbeck I; 337 651, Wilhelm Kipper, Gladbeck I; 218 896, Adolf Sondrat, Gladbeck I; 335 579, Samuel Kuhna, Weidrich I; 335 580, Friedrich Kuhna, Weidrich I; 347 547, Peter Vogt, Sterkrade; 24 051, Hermann Nots, Weidrich I; 305 412, Paul Walter, Süderwick; 315 419, Heinr. Paßlat, Stoppenberg; 206 924, Josef Neumann, Weitmar I; 27 738, Wilhelm Krämer, Hausham; 28 117, Josef Gasteiger, Hausham; 28 069, Ludwig Kämmerer, Hausham; 349 030, Viktor Kwasny, Westerholt; 216 260, Wilhelm Gitterbrodt, Altenrade; 202 810, Franz Gotzel, Müllinghausen.

Trebnitz. Nachmittags 4 Uhr, wo? sagt der Bote.

Trebnitz. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Dreher.

Trebnitz. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Trebnitz. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Hause.

